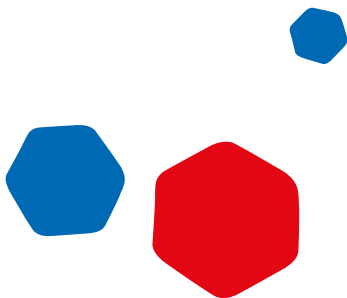




Kinderreport Deutschland 2017

RECHTE VON KINDERN IN DEUTSCHLAND



IMPRESSUM

Kinderreport Deutschland 2017

Rechte von Kindern in Deutschland

Herausgeber

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Leipziger Straße 116-118, 10117 Berlin

Fon: 030 308 693-0

Fax: 030 279 56 34

E-Mail: dkhw@dkhw.de

www.dkhw.de

Redaktion

Kai Hanke, Uwe Kamp, Nina Ohlmeier

Lektorat

Sylvia Kohn

Fotos

Deutsches Kinderhilfswerk e.V./H. Lüders (Titelfoto, S.39, S.43, S.44, S.45, S.46, S.50),

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (S.49), Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung (S.37),

Stadtjugendring Potsdam e.V. (S.36), MrsNikon/photocase.de (S. 41)

Layout

Gabriele Lattke/Journalisten&GrafikBüro

ISBN 978-3-922427-10-0

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.)

Kinderreport Deutschland 2017

Rechte von Kindern in Deutschland

Inhalt

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Vorwort	7
Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen	

Deutsches Kinderhilfswerk

Kinderreport 2017 – Ergebnisse und Schlussfolgerungen	9
Erhebung und Untersuchungsdesign	9
Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen	10
Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention	20
Kinderarmut und wahrgenommene Ursachen	24
Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen	29

Thomas Krüger

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

Demokratieförderung von Anfang an – Aufgabe für die gesamte Gesellschaft	35
Demokratie und ihre Voraussetzungen	35
Gesamtgesellschaftliche Partizipation ermöglichen	37
Demokratie und Bildungsarmut	37
Demokratiepädagogik	38
Demokratiekompetenz durch Mitbestimmung in Familie und Schule	40
Chancen frühkindlicher Demokratieerziehung	42
Demokratieförderung und Sport	44
Demokratieförderung durch Jugendarbeit und Kinder- und Jugendverbände	46
Das Interesse an politischer Partizipation	48
Schlussbetrachtung	50

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen

2017 ist sowohl kinderrechtlich als auch kinderpolitisch ein bemerkenswertes Jahr. Wir feiern dieses Jahr das 25. Jubiläum der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland – und wir wählen im Herbst einen neuen Bundestag. Der Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerkes, als Schlaglicht auf die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland, könnte kaum einen besseren Rahmen finden.

Wie schon im Zuge der letzten Ausgaben des Kinderreports wird anhand einer repräsentativen Umfrage die aktuelle Situation der Kinderrechte in Deutschland in den Blick genommen. Der Kinderreport greift dabei in jährlichem Rhythmus Fragen zu kinderrechtlichen Kernthemen auf, um sowohl einen aktuellen Zustand abzubilden als auch eine Entwicklung in kinderrechtlich relevanten Gesellschaftsbereichen sichtbar zu machen. Dabei bilden Fragen zur Bekanntheit der Kinderrechte, zum nach wie vor drängenden Problem der Kinderarmut und zur Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft die drei stetigen Säulen unserer Befragung. Über die Jahre ergibt sich daraus ein Monitoring zum Stand der Kinderrechte, das aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes wichtige Impulse für Politik und Gesellschaft zu setzen vermag. Wir haben die Ergebnisse wie in jedem Jahr für Sie in der vorliegenden Publikation zusammengefasst und die damit für das Deutsche Kinderhilfswerk naheliegenden Schlussfolgerungen für politisches Handeln dargestellt.

Zusätzlich dazu greift der Kinderreport wie jedes Jahr ein Schwerpunktthema auf, das in einem weiteren Fragenkomplex beleuchtet wird. Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl, aber auch angesichts aktueller Debatten rund um zunehmend populistisch geführte politische Auseinandersetzungen und eine damit verbundene Sorge um die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft haben wir im Rahmen des Kinderreports 2017 einen Blick auf die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen heute geworfen. Denn auch wenn es für einige nach wie vor schlecht vorstellbar ist: Unsere Demokratie fordert von uns, von jeder und jedem einzelnen, die demokratischen Werte und Strukturen immer wieder aufs Neue zu verteidigen und zu pflegen. Dies ist eine Aufgabe, die alle Bürgerinnen und Bürger gemein haben. Es wird für die Zukunft unseres Landes darüber hinaus von entscheidender Bedeutung sein, wie es uns gelingt, auch nachfolgende Generationen in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe erfolgreich zu bewältigen. Dabei spielen unterschiedliche Aspekte eine Rolle, von denen wir in unserem Schwerpunktthema nur einige aufgreifen können. Entscheidend aus kinder- und jugendpolitischer Sicht werden dabei vor allem folgende Fragen sein: Welche Rolle kommt Kindern und Jugendlichen zu, wenn es um den Erhalt demokratischer Kultur geht? Sind sie in der Lage, Verantwortung für den Erhalt der Demokratie zu übernehmen, wenn sie einmal erwachsen sind? Welche Akteure sollten in einer Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass das demokratische System erhalten bleibt? Und welche Maßnahmen wären sinnvoll, um Kindern und Jugendlichen die Fähigkeiten und Motivationen zu vermitteln, um unsere Demokratie langfristig abzusichern? Diese Fragen haben wir der erwachsenen, deutschsprachigen Bevölkerung gestellt. Die Ergebnisse sind durchaus bemerkenswert, sowohl im Sinne hoffnungsstiftender Erkenntnisse als auch besorgniserregender Befunde.


Wir hoffen, mit den wissenschaftlich fundierten Ergebnissen zu diesen aktuellen Fragen mit dem Kinderreport 2017 wieder wichtige Impulse zur Unterstützung der Interessen von Kindern in Deutschland geben zu können und dadurch den konkreten Einsatz zur Förderung von Kinderrechten in Deutschland zu unterstützen. Ich wünsche Ihnen eine angeregte Lektüre und den Kindern in Deutschland einen Wahlausgang, der dazu beiträgt, dass die Rechte von Kindern in Deutschland endlich die ihnen gebührende Umsetzung erfahren.


Berlin, Februar 2017

Kinderreport 2017 – Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Erhebung und Untersuchungsdesign

Für den Kinderreport 2017 wurden im Dezember 2016 im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes zwei Erhebungen von Infratest dimap durchgeführt: Befragt wurden 623 Kinder und Jugendliche sowie 1.080 Erwachsene (deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren). Die Erhebung unter Kindern und Jugendlichen wurde wie bereits im Vorjahr als Online-Befragung durchgeführt, der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 1. bis 8. Dezember 2016. Die Befragung der Erwachsenen wurde dieses Mal als repräsentative, telefonische Bevölkerungsumfrage konzipiert. Um die Ergebnisse noch differenzierter auswerten zu können, z.B. nach Parteianhängerschaft, wurde der Stichprobenumfang von 542 auf 1.080 Interviews erhöht und die Erhebung methodisch von einer Online-Befragung auf eine telefonische Erhebung umgestellt. Der Erhebungszeitraum für die Erwachsenenumfrage erstreckte sich vom 1. bis 5. Dezember 2016.

Studieninformationen		 Kinderreport 2017
	Befragung Kinder und Jugendliche	Befragung Erwachsene
Grundgesamtheit	Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren	Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Befragungsmethode	Online-Befragung	Telefoninterviews (CATI)
Stichprobe	Access-Panel, Quotenstichprobe	Random-Stichprobe
Fallzahl	623 Befragte	1.080 Befragte
Befragungszeitraum	1. bis 8. Dezember 2016	1. bis 5. Dezember 2016
Institut/Ansprechpartner	infratest dimap/www.infratest-dimap.de Michael Kunert, Anja Simon	
Kontakt	☎ Berlin: 030/533 22 – 0 @ indi@infratest-dimap.de	



Durch die parallele Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport in jährlichem Rhythmus einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Zusätzlich erfolgt bei jedem Kinderreport eine vertiefte Auseinandersetzung mit einem Schwerpunktthema, das nur im betreffenden Jahr abgefragt wird.

Inhaltliche Kernthemen der Befragungen stellten wie in den vergangenen Jahren die Bekanntheit von Kinderrechten, Gründe für Kinderarmut sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland dar. Die Fragestellungen für diese Themenkomplexe wurden im Wesentlichen aus den Vorjahren übernommen. Die Formulierung der Fragen für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wurde dem Verständnis dieser Altersgruppe angepasst.

Die Studie unter Erwachsenen hat mit den Themen Demokratiekompetenz und Demokratieerziehung von Kindern und Jugendlichen einen aktuellen thematischen Schwerpunkt. Aufgrund der Bundestagswahl im Herbst 2017 und angesichts der aktuellen Diskussionen über die Verfasstheit unserer Demokratie geht der Kinderreport 2017 auf die Demokratiekompetenzen von Kindern und Jugendlichen ein. Im Einzelnen wurden die Erwachsenen dazu befragt, ob sie der heutigen Generation der

Kinder und Jugendlichen zutrauen, Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen, welche gesellschaftlichen Akteure die Hauptverantwortung für die Demokratieerziehung der Kinder und Jugendlichen tragen und welche Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei Kindern und Jugendlichen geeignet sind. Der Zufallsfehler der Umfrage unter Kindern und Jugendlichen liegt zwischen 1,7 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) und 4,0 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent), bei den Erwachsenen zwischen 1,4 und 3,1 Prozentpunkten.

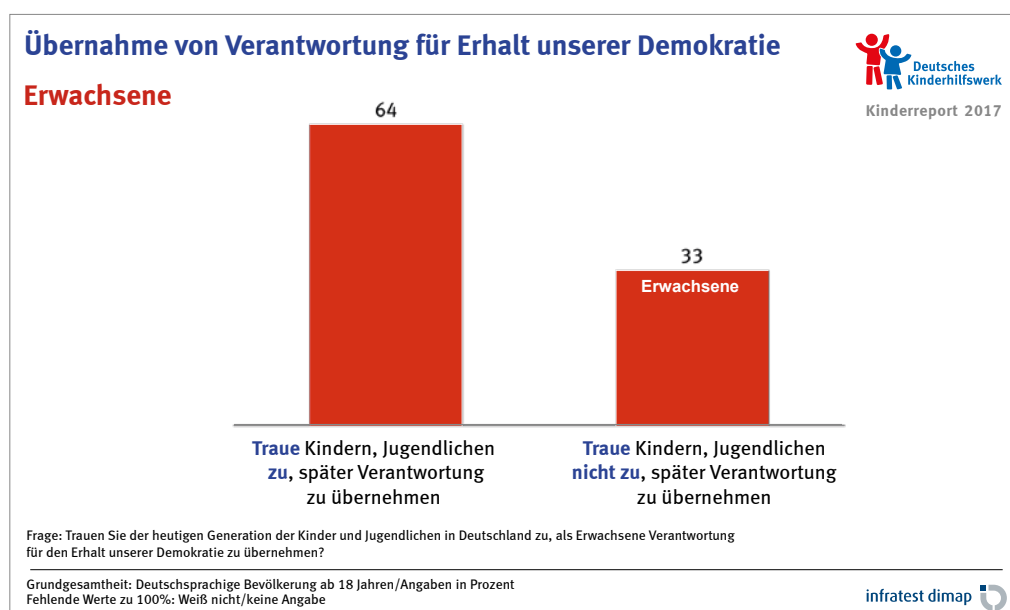
Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage dargestellt und bewertet. Aufgrund der Datenfülle können dabei nicht alle Daten analysiert und/oder grafisch aufbereitet werden. Deshalb fokussieren sich die Ausführungen vor allem auf die generellen Erkenntnisse und statistisch interessante Aufschlüsselungen einzelner Faktoren, z.B. des Alters, der Parteipräferenzen, des Haushaltseinkommens, der Schulbildung oder der Ortsgröße. Wo es sinnvoll erscheint, werden auch Daten aus den vergangenen Befragungen zum Kinderreport in die Bewertungen mit einbezogen.

Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen

Etwa ein Drittel zweifelt an der Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation

Im vergangenen Jahr wurde nicht nur angesichts globaler Krisen sowie des zunehmenden Zuzugs von geflüchteten Menschen nach Deutschland und Europa verstärkt über einen zunehmenden Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungskompetenz der Politik und die damit verbundenen Herausforderungen für die Demokratie in Deutschland diskutiert. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die Frage nach der Zukunft unserer Demokratie bezogen auf die Demokratiefähigkeit der derzeitigen Erwachsenen von Bedeutung. Wichtig ist langfristig vor allem auch die Frage, wie sich unsere Demokratie in längerfristiger Zeitperspektive entwickelt und welche Rolle Kinder und Jugendliche dabei spielen sollen und können.

In die Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation haben die erwachsenen Befragten mehrheitlich Vertrauen: Knapp zwei Drittel (64 Prozent) trauen der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie in Deutschland zu übernehmen. Allerdings zeigt sich immerhin etwa ein Drittel (33 Prozent) eher skeptisch, ob sich die heutigen Kinder und Jugendlichen verantwortlich für unsere Demokratie einsetzen können und werden.



Übernahme von Verantwortung für Erhalt unserer Demokratie Altersgruppen/Einkommen



Kinderreport 2017

Erwachsene	Traue Kindern, Jugendlichen zu, später Verantwortung zu übernehmen	Traue Kindern, Jugendlichen nicht zu, später Verantwortung zu übernehmen
Gesamt	64	33
18-29 Jahre	58	40
30-44 Jahre	59	39
45-59 Jahre	65	30
60 Jahre und älter	68	29
Unter 1.500 Euro	53	43
1.500 bis 3.000 Euro	65	33
3.000 Euro und mehr	69	29

Frage: Trauen Sie der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen in Deutschland zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

infratest dimap

Bemerkenswert ist, dass das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit zunehmendem Lebensalter steigt: zwar bringen auch jüngere Erwachsene im Alter von 18 bis 29 Jahren der nachfolgenden Generation mehrheitlich Vertrauen entgegen (58 Prozent), ältere Bürgerinnen und Bürger über 60 Jahren sprechen der jüngeren Generation jedoch deutlich häufiger ihr Vertrauen aus (68 Prozent).

Klare Unterschiede gibt es in der Bewertung dieser Frage auch entlang des monatlichen Haushalts-Nettoeinkommens. In der eher ärmeren Bevölkerung ist das Vertrauen in die jüngere Generation mit 53 Prozent unterdurchschnittlich ausgeprägt, während in gutsituierten Haushalten die positive Einschätzung dieser Frage mit 69 Prozent deutlich höher liegt.

Auch mehr als 25 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten fällt auf, dass in Sachen Demokratie und Demokratiefähigkeit die Bewertungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland noch immer heterogen sind. So bringen in der Frage der Demokratiefähigkeit der jüngeren Generation 65 Prozent der Westdeutschen dieses Vertrauen entgegen, im Osten liegt die Zustimmungsrate mit 58 Prozent merklich darunter.

Übernahme von Verantwortung für Erhalt unserer Demokratie Parteianhänger

Erwachsene

Traue Kindern, Jugendlichen zu,
später Verantwortung zu übernehmen

Traue Kindern, Jugendlichen nicht zu,
später Verantwortung zu übernehmen

	Traue Kindern, Jugendlichen zu, später Verantwortung zu übernehmen	Traue Kindern, Jugendlichen nicht zu, später Verantwortung zu übernehmen
Gesamt	64	33
FDP-Anhänger	84	16
Grüne-Anhänger	78	21
SPD-Anhänger	69	27
Unions-Anhänger	66	31
AfD-Anhänger	58	40
Linke-Anhänger	56	43

Frage: Trauen Sie der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen in Deutschland zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Berlin/Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der Kinder und Jugendlichen besteht mehrheitlich auch in den Anhängerschaften aller politischen Parteien, jedoch in unterschiedlich starker Ausprägung: rund acht von zehn Anhängerinnen und Anhängern der FDP (84 Prozent) und der Grünen (78 Prozent) trauen der heutigen Jugend zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen. Im Lager der SPD (69 Prozent) und der Union (66 Prozent) sprechen etwa zwei Drittel der Anhängerinnen und Anhänger den Jugendlichen ihr Vertrauen aus. Etwas geringer fällt das Zutrauen in den Reihen der Linken und der AfD aus: knapp sechs von zehn Anhängerinnen und Anhängern der AfD (58 Prozent) und der Linken (56 Prozent) glauben an die Demokratiefähigkeit der jüngeren Generation, gut vier von zehn zweifeln jedoch an, dass die Jugendlichen später Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie übernehmen können.

Schlussfolgerungen

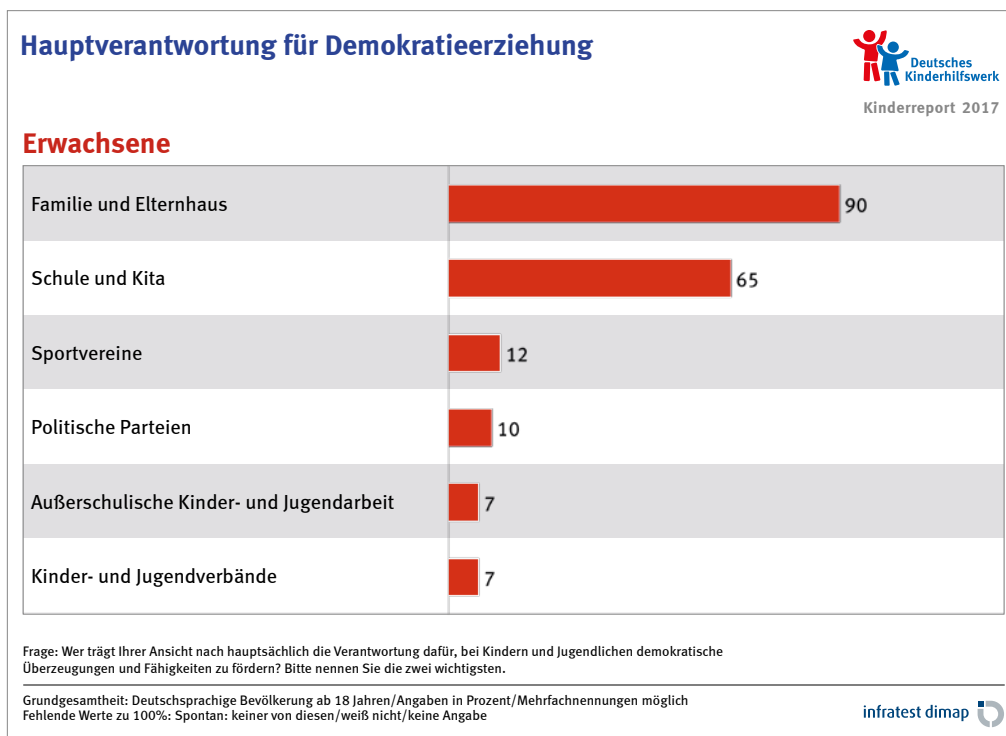
Ein Drittel der befragten Erwachsenen traut es den Kindern und Jugendlichen in Deutschland nicht zu, Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen. Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes stellt der Zweifel von Erwachsenen an der Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen einen besorgniserregenden Befund dar, vor allem vor dem Hintergrund, dass es Aufgabe der jetzigen Erwachsenengeneration ist, die nachfolgende Generation auf diese wichtige Aufgabe vorzubereiten. So sind es Erwachsene, die Kindern und Jugendlichen das Wissen über und vor allem die Bedeutung um unsere Demokratie näher bringen müssen. Sie sollten Kinder und Jugendliche darin bestärken, unsere Demokratie zu erhalten. Damit dies erfolgreich gelingen kann, braucht es aber neben der Vermittlung von Demokratiekompetenzen auch mehr Vertrauen in Kinder und Jugendliche, diese Aufgabe stemmen zu können.

Auffallend ist bei näherer Betrachtung, dass das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen bei jüngeren Erwachsenen besonders gering ist. In Bezug auf die jüngeren Erwachsenen schließt sich diese Skepsis an andere Umfragen an, die ein sinkendes Vertrauen in die Politik und die Vertretung der eigenen Interessen widerspiegeln. Jugendliche, die nicht erfahren, dass ihre Meinung in der Politik zählt und wahrgenommen wird, haben auch als Erwachsene wenig Vertrauen darin, dass es nachfolgenden Generationen anders ergehen wird und sind somit demokratischen Prozessen gegenüber kritischer eingestellt. Jüngere Generationen erleben zudem unmittelbar, wie schwierig politische Mitbestimmung und Auseinandersetzungskultur ist, wenn sie nicht geübt wird, wenn es keine frühzeitige und praktische Erfahrung damit gibt. Das Deutsche Kinderhilfswerk sieht darin eine der Hauptherausforderungen aktueller Gesellschaftspolitik: Kinder und Jugendliche gesellschaftlich so zu integrieren, dass sie Motivation und Kompetenz für die Sicherung unsere demokratischen Grundordnung entwickeln. Hier ist es Aufgabe von Parteien, Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen, diese Skepsis ernst zu nehmen, sich für junge Generationen zu öffnen und Formate der Mitbestimmung und Repräsentation zu schaffen.

Demokratieerziehung: Hauptverantwortung bei Familie und Bildungseinrichtungen

Bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten sind nach Ansicht der Befragten die Familie und das Elternhaus zentral: für neun von zehn Befragten (90 Prozent) trägt hauptsächlich das familiäre Umfeld die Verantwortung dafür, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. Hier liegen die Bewertungen in West- und Ostdeutschland fast gleichauf, und auch die verschiedenen Alterskohorten kommen zu annähernd gleichen Einschätzungen. Unterschiede sind in der Verantwortungszuweisung allerdings anhand des Bildungsabschlusses festzustellen: Familie und Elternhaus weisen Menschen mit Haupt-/Volksschulabschluss mit 86 Prozent wesentlich seltener die Verantwortung in dieser Frage zu als Menschen mit Abitur/Fachhochschulreife (94 Prozent).

Eine wesentliche Rolle bei der Demokratieerziehung wird auch den Bildungseinrichtungen zugesprochen: zwei Drittel (65 Prozent) der Bevölkerung sind der Ansicht, dass Kitas und Schulen für die Ausbildung demokratischer Fähigkeiten die Hauptverantwortung haben – wobei jüngere Bürgerinnen und Bürger unter 30 Jahren (74 Prozent gegenüber 63 Prozent bei Menschen über 60 Jahren) und Personen mit formal höherer Bildung (75 Prozent gegenüber 58 Prozent bei Menschen mit Haupt-/Volksschulabschluss) die öffentlichen Bildungseinrichtungen etwas stärker in der Pflicht sehen.



Für etwa jeden Achten (12 Prozent) kommt den Sportvereinen besondere Verantwortung bei der Vermittlung demokratischer Werte zu, jeder Zehnte (10 Prozent) sieht die Hauptverantwortung bei den politischen Parteien. Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie Kinder- und Jugendverbände werden hingegen seltener als hauptverantwortliche Akteure der Demokratieerziehung eingestuft (jeweils 7 Prozent).

Die Zuweisung der Verantwortung für die Förderung von demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen an Familie und Elternhaus ist bei allen Parteianhängerinnen und Parteianhängern sehr stark ausgeprägt. Aber auch hier lohnt sich ein genauerer Blick. Die höchste Zustimmung ist bei den Anhängerinnen und Anhängern von FDP und Grünen (jeweils 94 Prozent) zu verzeichnen, bei SPD, Linken und Union sind die Werte mit 93 Prozent bzw. 90 und 89 Prozent nur

unwesentlich geringer. Die geringste Zustimmungsrate in dieser Frage ist bei AfD-Anhängerinnen und -Anhängern zu verzeichnen (83 Prozent).

Differenzierter sieht es bei der Zuweisung einer wesentlichen Rolle bei der Demokratieerziehung in Bildungseinrichtungen aus. Die höchste Zustimmung ist bei den Anhängerinnen und Anhängern von Grünen (79 Prozent), Linken (72 Prozent) und Union (69 Prozent) zu verzeichnen, deutlich geringer fällt die Zuweisung in den Reihen von SPD und FDP (jeweils 60 Prozent) und vor allem der AfD (56 Prozent) aus. Bei der Bewertung der Verantwortung von Schule und Kita spielt auch die Ortsgröße eine wesentliche Rolle: Die Verantwortungszuweisung bezüglich der Vermittlung von Demokratiekompetenz in Bildungseinrichtungen liegt in Kommunen bis 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei 63 Prozent, während in Großstädten über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 71 Prozent Schule und Kita eine wesentliche Rolle zuweisen.

Schlussfolgerungen

Kinder prägen ihre Grundüberzeugungen und Verhaltensweisen zu großen Teilen in der Familie aus, sie ist somit ein zentraler Ort, um Kindern Demokratie nahe zu bringen. So sieht auch die Mehrheit der Befragten die vorrangige Verantwortung für die Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten bei den Eltern bzw. bei der Familie. Es ist Aufgabe der Eltern, ihr Erziehungsprivileg stärker im Sinne der Demokratieerziehung wahrzunehmen. Diese Verantwortung kann und sollte ihnen niemand abnehmen. Orientierende, generationsübergreifende Gespräche können eine Schlüsselbedeutung für den Demokratietransfer auf die nächste Generation annehmen. Dies zeigt auch der Kinderreport 2015: Demnach sehen Kinder und Jugendliche die Familie als Hauptinformationsquelle in Sachen Kinderrechte an. Aber auch Partizipation und Mitbestimmung in der Familie spielen als Pfeiler eines demokratischen Grundverständnisses eine hervorgehobene Rolle in der Demokratieerziehung. Partizipation kann und muss in der Familie erfahrbar und erlebbar gemacht werden, indem Kinder von ihren Eltern in Entscheidungen einbezogen werden, Aushandlungsprozesse kennen lernen und die Erfahrung machen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird. Zusätzlich ist es jedoch eine politische Aufgabe, Eltern beispielsweise durch Angebote der politischen Bildung bei der Demokratieerziehung in der Familie zu unterstützen. Dabei sollten die Ansätze politischer Bildung für Familien eine breite Zielgruppe in den Blick nehmen und insbesondere bei bildungsfernen Familien möglichst niedrigschwellig ansetzen. Über die gängigen Informationswege hinaus braucht es demgemäß alternative Zugänge, etwa über Soziale Medien oder Entertainment-Formate.

Familien sollten aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes aber nicht mit dieser Verantwortung allein gelassen werden. Sie können und sollten bei dieser Aufgabe bestmöglich durch Bildungseinrichtungen unterstützt werden. Zwei Drittel der Befragten sehen bei der Demokratieerziehung Kita und Schule in der Pflicht. Neben der Wissensvermittlung sollten Kinder und Jugendliche auch hier durch Mitbestimmung an demokratische Prozesse herangeführt werden und darüber demokratische Praktiken erlernen können. Dabei geht es nicht nur um partielle Mitbestimmung, sondern vielmehr um eine demokratische Schulkultur als Ganzes, die Mitbestimmung der Kinder etwa bei der Wahl der Unterrichtsinhalte, der Unterrichtsmethoden und der Bewertung forciert. Daneben sollte zeitlicher Raum im Schulalltag für die Arbeit von Schüler/innenvertretungen geschaffen und Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werden, in allen entscheidungsbefugten Gremien mit Stimmrecht vertreten zu sein. Ziel sollte es darüber hinaus sein, Qualitätsstandards für öffentliche Institutionen wie Schule und Kita in Sachen Demokratiebildung zu etablieren, die inhaltliche wie Beteiligungsaspekte aufgreifen. All dies sind Maßnahmen und Rahmenbedingungen, die durch eine entsprechend verbindliche Bildungsgesetzgebung unterstützt werden müssen. Das Deutsche Kinderhilfswerk setzt sich daher bundesweit dafür ein, Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im Schulalltag als verbindlichen Aspekt in Schulverfassungen und Schulgesetzen zu verankern.

Demokratieerziehung sollte aber nicht erst in der Schule, sondern sinnvollerweise bereits bei der frühkindlichen Bildung in der Kita ansetzen. Hier wird neben der Familie die Grundlage für die Ausprägung eines demokratischen Grundverständnisses gelegt. Mitbestimmungskonzepte und strukturelle Rahmenbedingungen für Beteiligung von Kindern ebenso wie Ansätze von Vielfaltspädagogik und Demokratieförderung sollten daher flächendeckend in den Kita-Alltag integriert werden. Um dies zu realisieren, braucht es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes jedoch nicht nur die zeitlichen Ressourcen der Fachkräfte, eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels sowie eine Freistellung von Leitungskapazitäten zur Koordination von ganzheitlichen Demokratiebildungsansätzen. Es erfordert auch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen zur Umsetzung von Kinderbeteiligung in Kindertageseinrichtungen bzw. eine Verankerung entsprechender Qualifizierungen in den Curricula der Fachkräfteausbildungen. Dabei ist es jedoch wichtig, Demokratieförderung als ganzheitliche Aufgabe zu verstehen. In Kita wie Schule müssen die Eltern bei der Etablierung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen mitgedacht und mitgenommen werden. Denn es nützt wenig, wenn ein Kind zwar in der Einrichtung Mitbestimmung erlebt, Mitbestimmung zuhause aber verwehrt bleibt. Stärker als bislang sollten sich Kitas und Schulen daher auch als Bildungsorte für die ganze Familie verstehen, an denen wichtige Angebote für Eltern angedockt werden können. Bei dieser Aufgabe sind sie von Kommunen, Trägerstrukturen sowie Einrichtungen beispielsweise politischer Bildung tatkräftig zu unterstützen.

Vor allem für Kinder aus ärmeren Haushalten kann die möglichst frühe Erfahrung der eigenen Selbstwirksamkeit im Übrigen einen wichtigen Schutzfaktor vor den widrigen Umständen in ihrem Umfeld, denen sie häufig ausgesetzt sind, bedeuten. Der Kinderreport 2012 des Deutschen Kinderhilfswerkes hat beispielsweise gezeigt, dass Kinder durch Mitbestimmung schon in jungen Jahren soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark machen und ihre Chancen auf eine positive Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen verbessern. Hier stehen die Bildungsinstitutionen besonders in der Pflicht, geeignete Angebote an die Kinder und Familien zu machen. Denn die Vererbung von Armut zu durchbrechen, stärkt aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes auch nachhaltig die Demokratie.

Neben diesen Erkenntnissen fällt auf, dass die Rolle anderer gesellschaftlicher Akteure und Einrichtungen bei der Vermittlung von Demokratiekompetenzen von den Befragten als relativ unbedeutend eingeschätzt wird. Während in der Befragung Familie und Bildungseinrichtungen eine starke Verantwortung zugewiesen wird, bleiben politische Parteien, Kinder- und Jugendverbände, Sportvereine sowie die Kinder- und Jugendarbeit als Akteure weit dahinter zurück. Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ist die Verantwortung für die Sicherung demokratischer Verhältnisse und Kompetenzen immer eine gesamtgesellschaftliche. Es liegt also auch an diesen anderen gesellschaftlichen Akteuren, ihre Verantwortung stärker wahrzunehmen bzw. darauf hinzuwirken, dass diesbezügliche Angebote besser von der breiten Bevölkerung wahr- und angenommen werden. Insbesondere politische Parteien stehen in der Pflicht, dem zunehmenden Vertrauensverlust entgegen zu wirken und als essentieller Bestandteil des demokratischen Systems ihre Strukturen und Entscheidungsprozesse für die junge Generation zu öffnen, verständlicher und attraktiver zu machen. Aber auch Kinder- und Jugendverbände müssen sich immer wieder mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit sie mit der Vermittlung von Demokratiekompetenz noch stärker auf eine breitere gesellschaftliche Zielgruppe einwirken können.

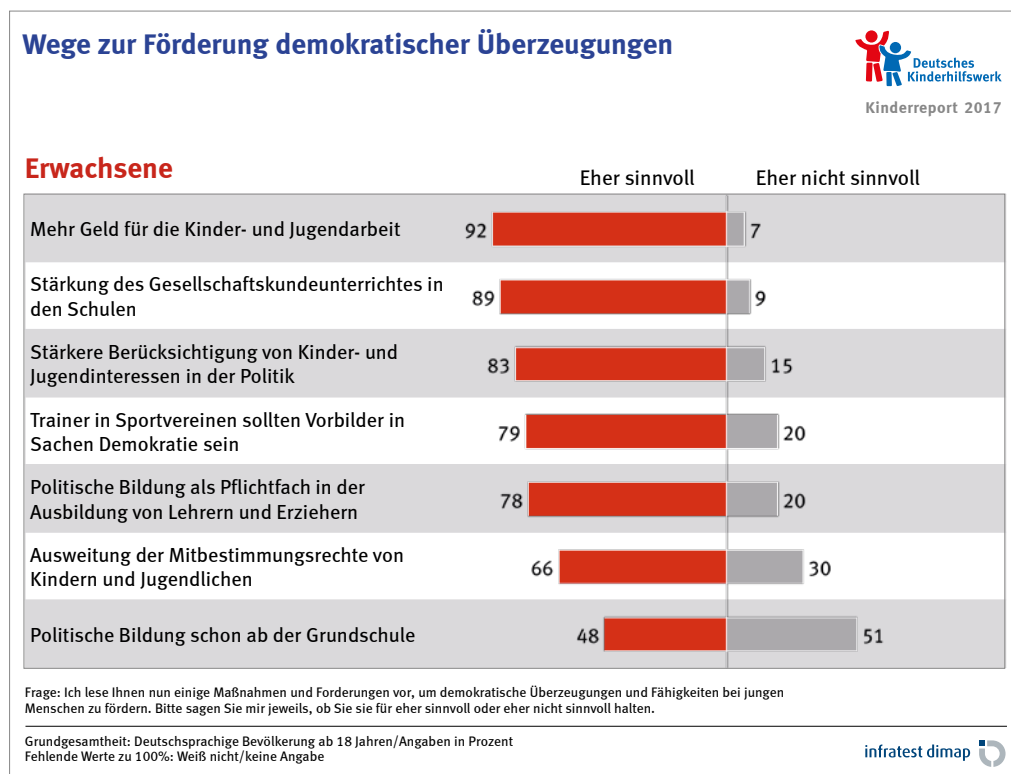
Demokratieerziehung: Finanzielle Unterstützung und Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts am sinnvollsten

Weitgehend einig sind sich die Befragten, dass die Kinder- und Jugendarbeit stärker finanziell unterstützt werden sollte, um demokratische Überzeugungen und Werte zu fördern: gut neun von zehn (92 Prozent) halten mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit in diesem Zusammenhang für eine sinnvolle Maßnahme. Diese Ansicht ist in allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften mehrheitlich Konsens.

Von ähnlicher Relevanz ist nach Ansicht der Bevölkerung die Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts in Schulen – für ebenfalls neun von zehn Befragten (89 Prozent) ein sinnvoller Weg zur Vermittlung demokratischer Werte. Hier lohnt der Blick auf die Parteianhängerinnen und Parteianhänger: So halten bei Linken 95 Prozent, FDP 94 Prozent, SPD 93 Prozent, Union 92 Prozent und Grünen 89 Prozent die Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts in Schulen für sinnvoll, während im Lager der AfD nur 80 Prozent dieser Meinung sind.

In diesem Zusammenhang plädieren gut drei Viertel (78 Prozent) dafür, dass politische Bildung Pflichtfach in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern sein sollte. Diese Forderung wird in den westlichen Bundesländern (80 Prozent) etwas häufiger als in den östlichen Bundesländern (71 Prozent) unterstützt. Größere Unterschiede in dieser Frage sind auch bei den Befragten mit Haupt-/Volksschulabschluss (72 Prozent) und Abitur/Fachhochschulreife (83 Prozent) zu verzeichnen.

Geteilt sind die Meinungen, ob politische Bildung bereits in der Grundschule Teil des Lehrplans sein sollte. Knapp die Hälfte (48 Prozent) erachtet dies als sinnvoll, die andere Hälfte (51 Prozent) ist gegenteiliger Auffassung. Eher skeptisch, ob politische Bildung schon in der Grundschule einsetzen sollte, sind insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger der AfD (43 Prozent) und der FDP (49 Prozent), während im Lager von Grünen und Union (jeweils 54 Prozent), Linken (57 Prozent) und vor allem der SPD (63 Prozent) Mehrheiten in dieser Frage zu verzeichnen sind.



Besonders skeptisch wird die Frage der politischen Bildung schon ab der Grundschule von Eltern mit Kindern unter 14 Jahren gesehen: Hier stimmen nur 36 Prozent zu, während der Rest der Befragten mit 52 Prozent mehrheitlich knapp zustimmt.

Eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik halten gut vier Fünftel (83 Prozent) für wünschenswert. Auch hier gibt es deutliche Unterschiede entlang der politischen Präferenzen: Insbesondere Grüne- (96 Prozent) und FDP-Anhänger/-innen (90 Prozent) stimmen dem zu, während bei Linken (87 Prozent), SPD (83 Prozent) und Union (82 Prozent), vor allem aber im Lager der AfD (77 Prozent) eine etwas skeptischere Haltung in dieser Frage festzustellen ist. Bemerkenswert ist auch: Eltern mit Kindern unter 14 Jahren wünschen sich eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik wesentlich häufiger als der Rest der Befragten (87 zu 81 Prozent). Das gilt entsprechend auch für die Alterskohorten bis 59 Jahren (86 Prozent) gegenüber den älteren Befragten über 60 Jahren (77 Prozent).

79 Prozent der Befragten schreiben den Trainerinnen und Trainern in Sportvereinen eine wichtige Funktion bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen zu – wobei der Stellenwert, den die Befragten einer Vorbildfunktion der Trainerinnen und Trainer im Sport zumessen, mit zunehmendem Lebensalter steigt: von 69 Prozent bei den 18- bis 44-Jährigen auf 86 Prozent bei den über 60-Jährigen. Parteipolitische Präferenzen spielen auch hier wieder eine große Rolle. So weisen 96 Prozent der FDP-Anhänger/innen Trainerinnen und Trainern in Sportvereinen eine wichtige Funktion bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen zu, SPD und Union folgen mit 84 bzw. 83 Prozent schon in großem Abstand. Noch geringer sind die Werte bei Grünen und AfD mit 80 bzw. 77 Prozent, während nur 73 Prozent der Linken-Anhänger/innen das so sehen.

Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen ist für zwei Drittel (66 Prozent) ein sinnvoller Weg der Demokratieerziehung. Für eine stärkere Mitbestimmung der Jugendlichen sprechen sich Frauen (73 Prozent) deutlich häufiger als Männer (58 Prozent) und Jüngere (72 Prozent) deutlich häufiger als Ältere (56 Prozent) aus. Auch zeigen sich Unterschiede nach Parteipräferenz: während die Anhängerinnen und Anhänger von Linken (84 Prozent) und Grünen (82 Prozent) mit deutlicher Mehrheit für eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte plädieren und auch in den Reihen von SPD (69 Prozent) und Union (60 Prozent) eine stärkere Mitbestimmung begrüßt würde, sieht dies im Lager der FDP mit 52 Prozent nur eine knappe Mehrheit für sinnvoll an. Bei der AfD halten sich hier Zustimmung und Ablehnung die Waage (49 zu 49 Prozent).

Schlussfolgerungen

Das Ergebnis der Befragung ist aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ein starkes Plädoyer für die Kinder- und Jugendarbeit. 92 Prozent der Befragten sprechen sich für eine stärkere finanzielle Unterstützung in diesem Bereich aus. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der vorhergehenden Frage lässt dies auf den Wunsch einer stärkeren Verantwortungsübernahme schließen. Seit Jahren ist ein schleichender Bedeutungsverlust der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland zu verzeichnen. Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Ende 2015 belegen, dass der Anteil der Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe mit gerade einmal 4,52 Prozent den niedrigsten Wert seit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erreicht hat – bei gleichzeitig immer weiter steigenden Anforderungen, was Kinder- und Jugendarbeit leisten kann und soll. Hier muss dringend politisch nachgesteuert werden. Ohne die notwendigen Ressourcen kann die Kinder- und Jugendarbeit ihre Rolle als Akteur der Demokratiebildung nicht einnehmen. Das ist insbesondere auch für den Zugang zu von Armut betroffenen Kindern und ihren Familien von Bedeutung, für die etwa Jugendzentren, Ferienmaßnahmen oder andere Angebote wichtige Anlaufstellen sind. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes die Möglichkeit, demokratische Überzeugungen niedrigschwellig zu vermitteln und zu fördern, eine breite Zielgruppe zu erreichen und damit außerhalb der klassischen Institutionen eine wichtige unterstützende Funktion einzunehmen.

Neben der Kinder- und Jugendarbeit wird von den Befragten auch die Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts in den Schulen als wichtiger Weg zur Förderung demokratischer Überzeugungen gesehen. In den letzten Jahren mussten die geisteswissenschaftlichen Fächer immer mehr zugunsten der sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) weichen, die als konkurrenzfähiger und vielversprechender für das Arbeitsleben angesehen werden. Gerade im Kontext der aktuellen Diskussionen um den Erhalt demokratischer Strukturen zeigt sich jedoch deutlich: Gesellschaftkunde ist kein Gedöns. Die Vermittlung gesellschaftlicher und demokratischer Grundwerte ist Teil der Bildungsaufgabe, die eine umfassende Persönlichkeitsbildung zum Ziel haben sollte. Aus kinder- und jugendpolitischer Sicht ergibt es auch kaum Sinn, einen Fachzweig gegen den anderen auszuspielen, da beide gleichermaßen ihre Berechtigung haben. Wichtig ist vielmehr, beide Fachzweige durch konsistente, umsetzbare Lehrpläne mitzudenken und eine demokratische Schulkultur zu ermöglichen, die sowohl theoretisches Wissen als auch praktische Erfahrungen für alle Entwicklungsbereiche von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten vermag.

Wichtig ist zudem die frühe Vermittlung politischer Bildung in Kita und Schule. Das Deutsche Kinderhilfswerk plädiert diesbezüglich jedoch nicht für ein zusätzliches Schulfach, das den Kindern im ohnehin vollen Stundenplan weitere Aufgaben aufbürdet. Vielmehr gilt es, eine gelebte Mitbestimmungskultur im Sinne praktischer Erfahrungen von Meinungsbildung und gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Hierfür braucht es Fortbildungen für Fachkräfte in Grundschulen und Kitas, um geeignete spielerische, partizipatorische Elemente zu erlernen, die insbesondere auch in den Unterricht der Kernfächer integriert werden können. Schule als Ganzes – und damit insbesondere auch Schul- und Kitaleitungen – muss sich des Themas annehmen, um Demokratiebildung und -erziehung nachhaltig im Schul- und Kitaalltag zu verankern. Dies erfordert entsprechende Mehrausgaben im Bildungsbereich, die das Deutsche Kinderhilfswerk bereits an verschiedenen Stellen gefordert hat. Eine Anhebung der Bildungsausgaben auf OECD-Durchschnitt wäre hier ein wichtiger Schritt. Laut Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes von 2016 liegt Deutschland mit einem Wert von 4,3 Prozent (Bildungsausgaben im Verhältnis zum BIP) nach wie vor deutlich unter dem OECD-Durchschnitt (5,2 Prozent).

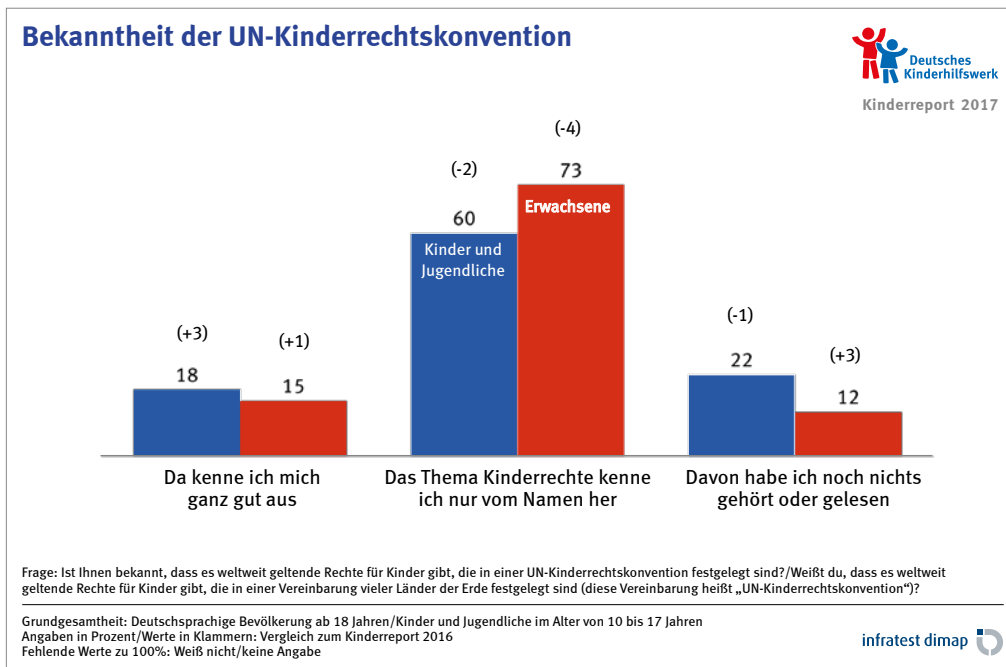
Neben der Schule und der Kinder- und Jugendarbeit sehen die Befragten aber auch andere außerschulische Institutionen in der Pflicht, Möglichkeiten der Verantwortungsübernahme zur Demokratiebildung bei Kindern und Jugendlichen entwickeln. So sprechen sich 79 Prozent dafür aus, dass Trainerinnen und Trainer in Sportvereinen Vorbilder in Sachen Demokratie sein sollten. Hierbei ist, ähnlich wie bei der Kinder- und Jugendarbeit auch, interessant, dass den Sportvereinen in Deutschland gleichzeitig aktuell nur ein geringes Maß an Verantwortung für die Förderung von demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen zugeschrieben wird. Die Zahlen könnten aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes eine gewisse Institutionsferne widerspiegeln. Dabei sehen die Befragten die Trainerin oder den Trainer als Ansprechperson und Person mit einer direkten Beziehung zum Kind im Vordergrund – und weniger die eher unpersönliche Institution des Vereins als Ganzes. Eine andere mögliche Erklärung wäre, dass Vereine aufgrund eines engeren Politikverständnisses der Befragten tatsächlich nicht als verantwortliche Instanzen zur Stabilisierung der demokratischen Gesellschaft angesehen werden, dennoch die Grundhaltung der Trainerinnen und Trainer als eine wichtige Voraussetzung gesehen wird.

Eine breite Zustimmung unter den Befragten gibt es darüber hinaus für eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik. Dabei sollten die Kinder und Jugendlichen selbst mit ihren Bedürfnissen der Ausgangspunkt der Überlegungen sein. Um ihre Interessen zu kennen und zu gewährleisten, müssen sie gefragt und eingebunden werden. Bisher ist dies aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes jedoch nur sehr unzureichend der Fall. Es ist daher dringend geboten, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlich in den kommunalen Gesetzgebungen und Landesverfassungen zu verankern sowie durch geeignete Ausbildungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in entsprechenden Beteiligungsprozessen zu schulen. Aber

auch die Sozialen Medien bieten für die Politik einen guten Ansatz. Sie sind mittlerweile integraler Bestandteil des Alltagslebens von Kindern und Jugendlichen. Sie können damit ein wichtiger Ort für die politische Partizipation werden und demokratische Beteiligung erleichtern. Abgesehen davon lässt sich die Zustimmung der Befragten zu einem stärkeren Gewicht von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik auch als Aufforderung an die Parteien lesen, diese viel stärker als bisher in ihren Programmen zu berücksichtigen und ihnen dann auch im praktischen Politikalltag, in der Regierungsverantwortung eine angemessene Bedeutung zu verleihen. Andernfalls verkommt Kinder- und Jugendpolitik zu einem unverbindlichen Schön-Wetter-Thema. Einem Abwenden junger Menschen von der repräsentativen Demokratie kann so langfristig nicht hinreichend entgegengetreten werden.

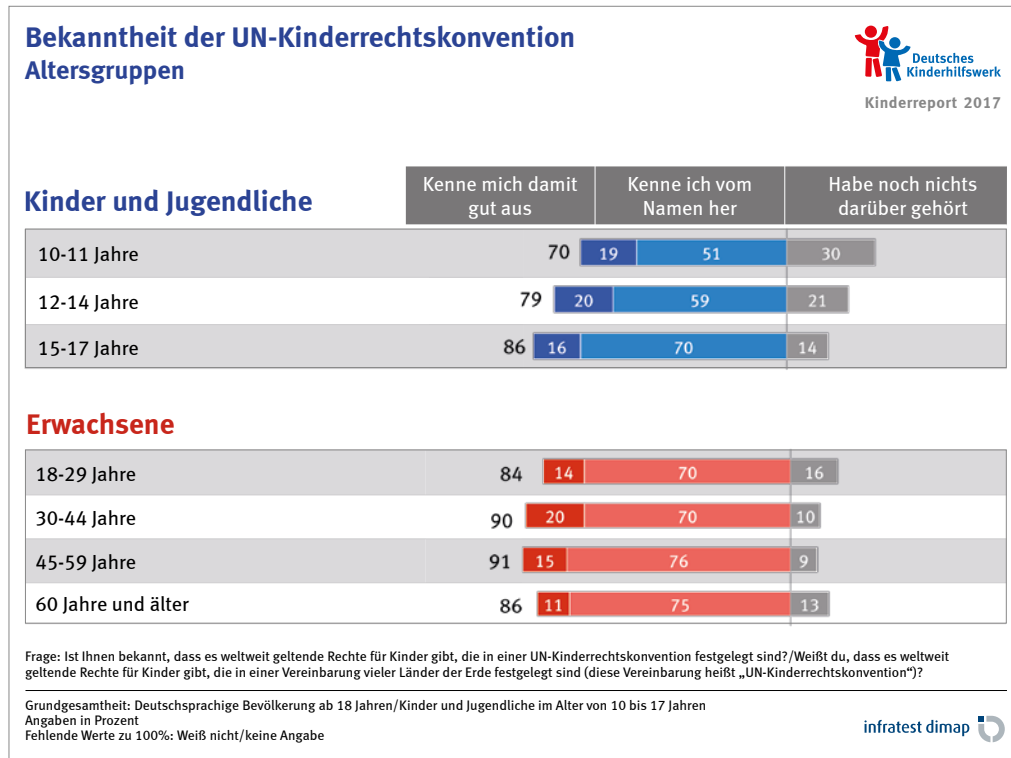
Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention

Neben dem Schwerpunktthema Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen nimmt der Kinderreport 2017 auch dieses Jahr wieder drei Hauptaspekte in Bezug auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland in den Blick. Der erste Aspekt ist die Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention. Obwohl die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland bereits 1992 mit Vorbehalten und schließlich 2010 vorbehaltlos ratifiziert wurde, bestehen in Deutschland nach wie vor gravierende Bekanntheitsdefizite. Seit dem letzten Kinderreport haben die Kinderrechte in Deutschland nur unwesentlich an Bekanntheit gewonnen. Eine große Mehrheit der Erwachsenen kennt Kinderrechte nach eigenen Angaben nur dem Namen nach (73 Prozent). Das sind zwar 4 Prozent weniger als im letzten Kinderreport, aber gleichzeitig ist der Wert der Befragten, die überhaupt nichts von der UN-Kinderrechtskonvention gehört oder gelesen haben, sogar um 3 Prozent auf 12 Prozent gestiegen.



Lediglich jeder siebte Erwachsene (15 Prozent) und damit nur ein Prozent mehr als im letzten Kinderreport kennt sich nach eigenen Angaben gut mit Kinderrechten aus und könnte auch einzelne Rechte benennen. Noch weniger bekannt sind die Kinderrechte bei den Betroffenen selbst: Ein Fünftel (22 Prozent) hat noch nichts über Kinderrechte gehört oder gelesen. Gut mit Kinderrechten kennen

sich nach eigener Einschätzung 18 Prozent der Kinder und Jugendlichen aus. 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 bis 17 Jahren haben lediglich von den Kinderrechten gehört, ohne Einzelheiten nennen zu können.




Ein Blick auf die Alterskohorten zeigt, dass der Anteil derer, die noch nie von Kinderrechten gehört haben, unter jüngeren Kindern im Alter von 10 und 11 Jahren besonders hoch ist (30 Prozent) und in zunehmendem Alter stetig abnimmt. Gleichzeitig steigt aber nicht die Zahl derer, die sich gut mit der UN-Kinderrechtskonvention auskennen, sondern nimmt im Gegenteil ab. Während 19 Prozent der 10- bis 11-Jährigen und 20 Prozent der 12- bis 14-Jährigen sich gut mit Kinderrechten auskennen, sagen das nur noch 16 Prozent der 15- bis 17-Jährigen.

Bei den Erwachsenen ist eine Wellenbildung zu verzeichnen. Hier steigt der Wert derer, die sich gut mit Kinderrechten auskennen, bei den Jüngeren von 14 Prozent bis auf 20 Prozent bei den 30- bis 44-Jährigen, um dann wieder bis auf 11 Prozent bei den Älteren zu fallen.

Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention

Erwachsene	Frage: Ist Ihnen bekannt, dass es weltweit geltende Rechte für Kinder gibt, die in einer UN-Kinderrechtskonvention festgelegt sind?		
	Kenne mich damit gut aus	Kenne ich vom Namen her	Habe noch nichts darüber gehört
Mit Kindern unter 14 Jahren	91	22	69
Keine Kinder unter 14 Jahren	87	13	74
Niedrige Bildung	79	6	73
Mittlere Bildung	91	12	79
Höhere Bildung	92	26	66
Kleinere Gemeinden (< 5.000 Einwohner)	86	11	75
Städte und größere Gemeinden	88	14	74
Großstädte (> 100.000 Einwohner)	88	18	70

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent
 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

infratest dimap 

Etwas höher ist der Anteil derer, die mit den Kinderrechten nach eigenen Angaben gut vertraut sind, unter Eltern mit Kindern unter 14 Jahren (22 Prozent) und Personen mit formal höherer Bildung (26 Prozent). Bei Menschen mit niedriger Bildung sagen lediglich 6 Prozent, dass sie sich mit der UN-Kinderrechtskonvention gut auskennen. Das korrespondiert mit den Werten in ärmeren und besser situierten Haushalten, die sich mit Werten von 7 bzw. 22 Prozent stark unterscheiden. Unterschiede gibt es auch hinsichtlich der Ortsgröße: So ist die UN-Kinderrechtskonvention in Großstädten (18 Prozent) etwas bekannter als in kleineren Gemeinden (11 Prozent).

Interessant stellt sich an dieser Stelle auch hier wieder der Blick auf die Parteipräferenzen dar. So kennen sich 23 Prozent der Grünen-Anhänger/innen nach eigenen Angaben gut mit Kinderrechten aus und könnten auch einzelne Rechte benennen. Bei den Linken sind es 19 Prozent, bei der SPD 16 Prozent, bei der FDP 14 Prozent und bei der Union 13 Prozent. Bei der AfD sind es lediglich 11 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger, die sich gut mit Kinderrechten auskennen.

Beim Vergleich der Werte der Kinder und Jugendlichen auf der einen und der Erwachsenen auf der anderen Seite zeigt sich ein erstaunlicher Unterschied im Ost-/West-Vergleich. Während in den westlichen Bundesländern sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Erwachsenen zu fast gleichen Einschätzungen kommen (17 zu 16 Prozent), liegen die Werte in den östlichen Bundesländern weit auseinander (22 zu 11 Prozent). Hier kennen Kinder (im Verhältnis zu Erwachsenen) die UN-Kinderrechtskonvention also deutlich besser als in westlichen Bundesländern.

Große Unterschiede in dieser Frage bestehen bei den Kindern und Jugendlichen hinsichtlich der Differenzierung nach Schultypen: Die höchsten Werte sind bei Schülerinnen und Schülern an Gymnasien (23 Prozent), Gesamtschulen (19 Prozent) und Realschulen (17 Prozent) zu verzeichnen, deutlich geringer sind die Werte mit jeweils 12 Prozent an Grund- und Hauptschulen. Dabei fällt auch auf: Mädchen/Frauen haben einen Wissensvorsprung gegenüber Jungen/Männern. So gaben 21 Prozent der Mädchen und 17 Prozent der Frauen an, sich gut mit Kinderrechten auszukennen und auch einzelne Rechte benennen zu können. Bei den Jungen sind das 16 Prozent und bei den Männern nur noch 12 Prozent.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Befragung unterstreichen das große Bekanntheitsdefizit der Kinderrechte in Deutschland, das bereits in den Kinderreporten 2015 und 2016 festgestellt wurde. Ein großer Teil der Befragten gibt an, die Kinderrechte nur dem Namen nach oder gar nicht zu kennen. Bei den Kindern sagen dies 82 Prozent, bei den Erwachsenen 85 Prozent. Die Ergebnisse machen aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes erneut deutlich: Fast 25 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland ist die Kenntnis der Kinderrechte leider noch lange keine Selbstverständlichkeit. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund besorgniserregend, dass Kinder und Jugendliche ihre Rechte kennen und verstehen müssen, um diese einfordern und durchsetzen zu können. Wissen und Aufklärung ist die Grundlage für selbstbestimmtes Handeln in einer demokratischen Gesellschaft. Gleichzeitig gibt die Unwissenheit auch Aufschluss über die fehlende politische Prioritätensetzung für eine bessere Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland, deren erster Ansatzpunkt eine umfassende Aufklärungs- und Informationspolitik sein muss. Dies gilt einerseits für die Zielgruppen Kinder und Jugendliche. Sie sollten sich in Schulen und frühkindlichen Bildungseinrichtungen, aber auch in der Familie über ihre international gültigen Rechte informieren können. Andererseits gilt dies auch für Erwachsene, die in der Regel diejenigen sind, die Kindern ihre Rechte verwehren bzw. nicht genug dafür tun, dass ihre Rechte verwirklicht werden.

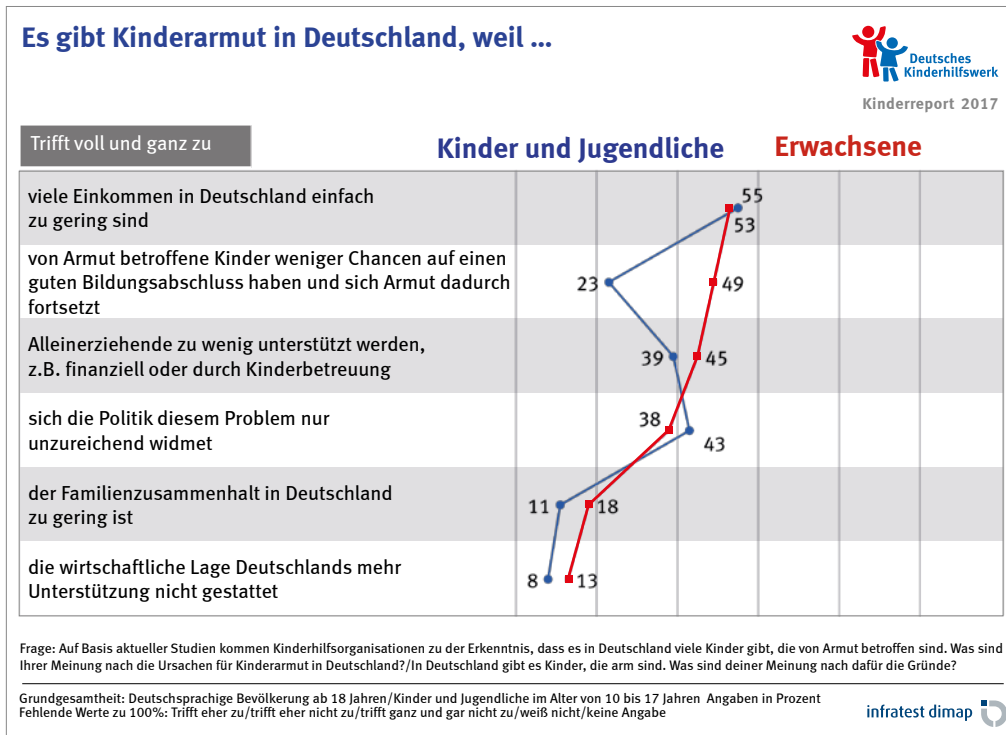
Es braucht daher aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes eine umfassende und anhaltende Bildungsinitiative in Sachen Kinderrechte, die Kinder wie Erwachsene erreicht. Für den Bildungsbereich gilt es, Kinderrechtebildung in die Lehrpläne der Schulen bzw. Erziehungs- und Bildungspläne der Kitas verbindlich aufzunehmen. Gleichzeitig müssen methodische Ansätze für eine beteiligungs- und praxisorientierte Kinderrechtebildung gefördert und nachhaltig im Alltag von Bildungsinstitutionen verankert werden.

Information und Wissensvermittlung ist wichtig und richtig – nicht zuletzt zählt aber auch, was Kindern und Jugendlichen in ihrem Alltag erfahrbar gemacht wird. Deswegen gilt es, einerseits auf das Alter abgestimmte interaktive Formate, wie zum Beispiel Projektstage oder praxisorientierte Modellprojekte in Schulen umzusetzen. Andererseits müssen sich die Schulen auch selbst für das Thema Kinderrechte öffnen und die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in ihren Gremien forcieren, um somit Kinderrechte direkt erlebbar zu machen. Kinder sollten im Alltag erfahren, dass sie ihre Rechte geltend machen können. Dies gilt im Übrigen für alle Schultypen gleichermaßen. Besorgniserregend ist, wenn Schülerinnen und Schüler nicht lernen, ihre Rechte einzufordern, die es aufgrund des gegliederten Schulsystems ohnehin häufig schwieriger haben, im Berufsleben anzukommen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Gerade Kindern aus sozial benachteiligten Familien sollte die Möglichkeit an die Hand gegeben werden, ihre Rechte einzufordern zu können. Unterstützend bei der Vermittlung und Umsetzung von Kinderrechten können zudem Ombudsstellen für Kinderrechte wirken, wie sie in verschiedenen Bundesländern bereits bestehen. An solchen Stellen bieten sich den Kindern und Eltern bei möglichen Verletzungen der Kinderrechte kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die sie nicht nur über ihre Rechte eingehend informieren, sondern auch konkrete, lebensweltbezogene Hilfe bei der Umsetzung von Kinderrechten leisten können.

Die Ergebnisse der Befragung deuten darauf hin, dass der Schwerpunkt von Kinderrechtebildung bisher stärker auf ältere Kinder gelegt wird. Nicht zuletzt gilt es jedoch, wie auch bei der Vermittlung von demokratischen Grundlagen, möglichst früh bei Kindern, in der Kita mit geeigneten methodischen Ansätzen im Rahmen eines frühkindlichen Bildungskonzeptes anzusetzen und dabei das Wissen über Kinderrechte spielerisch zu vermitteln. Kinderrechte sind wichtiger Bestandteil eines Qualitätsprozesses und -managements in der Kita, wie einige Bundesländer, etwa Berlin, sie durchführen. Ziel sollte eine altersangemessene und kontinuierliche Kinderrechtebildung über alle Bildungseinrichtungen und -typen hinweg sein.

Kinderarmut und wahrgenommene Ursachen

Eine wesentliche Ursache für Kinderarmut sind nach Einschätzung der Bevölkerung die zu geringen Einkommen in Deutschland („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“). 87 Prozent der Erwachsenen und 93 Prozent der Kinder und Jugendlichen erachten die Einkommenssituation als Hauptgrund für Kinderarmut. Gegenüber 2016 hat dieser Anteil nochmals leicht zugenommen, um 2 Prozent bei den Erwachsenen und 6 Prozent bei den befragten Kindern und Jugendlichen. Unter Erwachsenen, die mit vergleichsweise geringen Einkommen oder formal niedriger Bildung meist selbst von dieser Problematik betroffen sind, wird diesem Aspekt mit jeweils 91 Prozent ein noch höherer Stellenwert beigemessen.



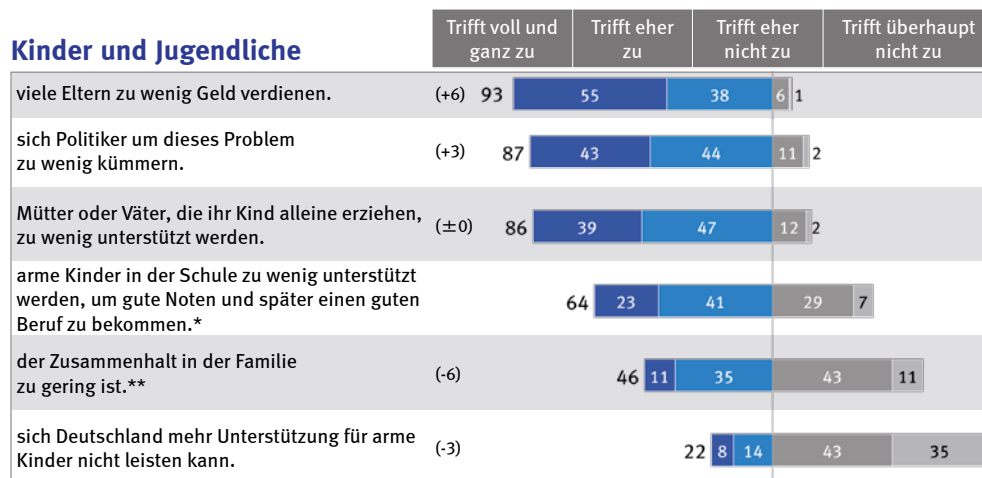
Schauen wir nur auf den Bereich „Trifft voll und ganz zu“, so zeigt der Vergleich zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen und Erwachsenen auf der anderen Seite, dass diese fast durchgängig sehr eng beieinander liegen, mit Ausnahme der Frage, inwieweit arme Kinder in der Schule zu wenig unterstützt werden, um gute Noten und später einen guten Beruf zu bekommen bzw. von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt. Interessant sind die Werte entlang der Parteilager: Der Aussage, dass zu geringe Einkommen die Ursache für Kinderarmut in Deutschland sind, stimmen bei den Erwachsenen „voll und ganz“ 37 Prozent der FDP- und 44 Prozent der Union-Anhänger/-innen zu. Bei der SPD sind es 57 Prozent, bei Linken und Grünen jeweils 62 Prozent, und im AfD-Lager 74 Prozent.

Aus Sicht der Kinder und Jugendlichen wird Kinderarmut in Deutschland außerdem dadurch begünstigt, dass das Thema von der Politik vernachlässigt wird: Knapp neun von zehn Befragten (87 Prozent) sind der Ansicht, dass sich Politikerinnen und Politiker zu wenig um dieses Problem kümmern, das sind noch einmal 3 Prozent mehr als im letzten Kinderreport. Etwa ebenso viele (86 Prozent) sehen eine zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden als ursächlichen Faktor für Kinderarmut in Deutschland an.

Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ...



Kinderreport 2017



Frage: In Deutschland gibt es Kinder, die arm sind. Was sind deiner Meinung nach dafür die Gründe? Bitte gib für jeden Grund an, ob er deiner Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft.

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren/Angaben in Prozent

Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe/*Formulierung 2016: arme Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt/**Formulierung 2016: Familien weniger zusammenhalten und sich weniger unterstützen

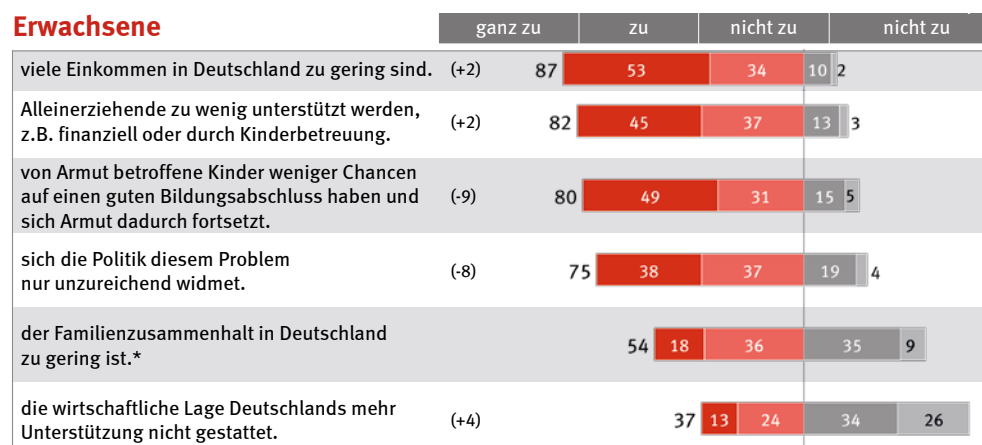


Zwei Drittel (64 Prozent) der 10- bis 17-jährigen halten es für zutreffend und ursächlich für Kinderarmut, dass arme Kinder zu wenig unterstützt werden, um einen guten Bildungsabschluss und damit einen Beruf zu bekommen. Einen Zusammenhang zwischen zu geringem familiären Zusammenhalt und Kinderarmut sieht knapp die Hälfte der Kinder und Jugendlichen (46 Prozent) – wobei diese Auffassung etwas häufiger von westdeutschen Jugendlichen (47 Prozent) als von ostdeutschen (39 Prozent) vertreten wird. Dass wirtschaftliche Gründe eine zentrale Rolle spielen und sich Deutschland mehr Unterstützung für arme Kinder nicht leisten kann, glaubt lediglich ein Fünftel (22 Prozent). 78 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind gegenteiliger Auffassung.

Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ...



Kinderreport 2017



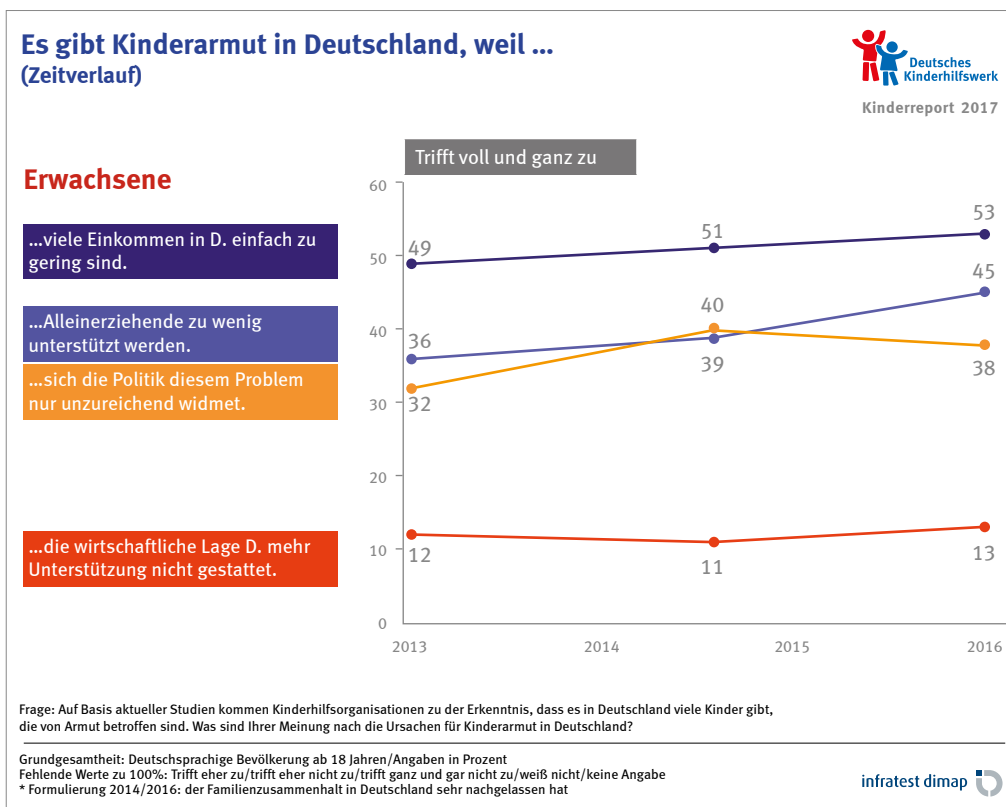
Frage: Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte geben Sie jeweils an, ob der Grund Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft.

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent

Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2016/* Formulierung 2016: der Familienzusammenhalt in Deutschland sehr nachgelassen hat/Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe



Die Einschätzung der Erwachsenen ist im Wesentlichen ähnlich wie das Meinungsbild der Kinder und Jugendlichen. Als wichtigster Faktor für Kinderarmut in Deutschland gilt auch unter Erwachsenen die Erwerbssituation: knapp neun von zehn (87 Prozent) erachten zu geringe Einkommen als entscheidend. Gut vier Fünftel (82 Prozent) halten es außerdem für zutreffend, dass eine unzureichende Unterstützung von Alleinerziehenden Kinderarmut begünstigt. Fehlende Bildungschancen für arme Kinder (80 Prozent) und ein unzureichendes Engagement der Politik (75 Prozent) beurteilen – trotz Rückgang seit dem letzten Kinderreport – immer noch deutliche Mehrheiten als wichtige Einflussfaktoren für Kinderarmut hierzulande. Gut die Hälfte (54 Prozent) der Erwachsenen sieht einen Zusammenhang zwischen fehlendem familiären Zusammenhalt und Kinderarmut. Dass die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung nicht gestattet, glaubt hingegen nur eine Minderheit von 37 Prozent.



Betrachtet man die Frage zu den Gründen der Kinderarmut in Deutschland im Jahresvergleich von 2013 bis heute, so spiegelt sich die Stagnation in diesem Bereich (jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen, und das seit vielen Jahren auf einem konstant hohen Niveau) in den Antworten der Erwachsenen wider. Die Zustimmungsraten („Trifft voll und ganz zu“) hinsichtlich zu geringer Einkommen (Anstieg von 49 auf 53 Prozent), zu geringer Unterstützung von Alleinerziehenden (Anstieg von 36 auf 45 Prozent) und dass sich die Politik diesem Problem nur unzureichend widmet (Anstieg von 32 auf 38 Prozent), sind hier ein deutlicher Hinweis auf eine zunehmend kritischer wahrgenommene Vernachlässigung des Problems durch die Politik.

Schlussfolgerungen

Die Erkenntnisse zum Thema Kinderarmut bestätigen die Analysen der vorhergehenden Kinderreporte. So nehmen die Zustimmungswerte für bestimmte Ursachen von Kinderarmut spürbar zu. Es zeigt sich, dass die Befragten Ursachen für Kinderarmut insbesondere in strukturellen gesellschaftlichen Defiziten (niedrige Einkommen, fehlende staatliche Unterstützungsleistungen, ungleiche Bildungschancen) sehen. Zunehmend wird außerdem das fehlende Bewusstsein der Politik bzw. ein Mangel an konsequenten Überwindungsstrategien als einer der Hauptgründe für die anhaltend hohe Kinderarmut wahrgenommen.

Dies muss aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes als eindeutiger politischer Handlungsauftrag verstanden werden. Es gilt daher, Kinder und ihre Familien materiell so abzusichern, dass ihre Grundversorgung verlässlich gesichert ist. Dafür müssen die Regelsätze für Kinder und ihre Eltern armutsfest ausgestaltet werden. Vorgelagerte Sicherungssysteme, wie der Kinderzuschlag, müssen reformiert und ausgebaut werden, damit sie dafür sorgen, dass Familien nicht in Armut abrutschen oder in verdeckter Armut leben müssen. Ziel sollte es sein, die Leistungen für Familien zu vereinfachen, zu bündeln und aus einer Hand auszus zahlen. Viele Eltern gehen im Wirrwarr der verschiedenen Behörden und Antragsformulare unter, scheuen den Aufwand oder das damit verbundene Stigma. Leidtragende sind dann vor allem die Kinder, die auf die finanziellen Ressourcen ihrer Eltern angewiesen sind.

Eine Absicherung des soziokulturellen Existenzminimums, so urteilte das Bundesverfassungsgericht im Jahre 2010, muss jedoch über die reine Grundversorgung – Wohnung, Essen, Winterkleidung, etc. – hinaus die Teilhabe von Kindern an der Gesellschaft ermöglichen. Das Bildungs- und Teilhabepaket erfüllt diesen Zweck derzeit nicht, sondern schluckt im Gegenteil durch hohe Bürokratiekosten Ressourcen, die Kindern und ihren Eltern zugutekommen sollten. Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ist es daher dringend notwendig, die soziokulturellen Bedarfe von Kindern verlässlich abzusichern. Hierzu gehört eine ausreichende Ausstattung mit Schulmaterialien, eine gesunde und kostenlose Verpflegung in Bildungseinrichtungen, die Übernahme von Kosten für Beförderungsmöglichkeiten und für kulturelle und Freizeitaktivitäten.

Wenn es um arme Kinder geht, dann sprechen wir häufig über Kinder, die in alleinerziehenden Familien leben – so lebt jedes zweite Kind im Hartz IV-Bezug mit nur einem Elternteil. Es gilt daher, politisch insbesondere auch Ein-Eltern-Familien stärker in den Blick zu nehmen. Eine Unterstützung dieser Strategie lässt sich auch deutlich aus den Aussagen der Befragten ableiten, die darin die dritt wichtigste Ursache für Kinderarmut sehen. Alleinerziehende sind in einer speziellen Situation. Da sie oft allein gleichzeitig für das Haushaltseinkommen sorgen müssen und für ihre Kinder verantwortlich sind, lastet auf ihnen ein besonderer Druck. Eine Ausweitung des Unterhaltsvorschusses, wie sie von der Bundesregierung vorgesehen ist, kann, wie Studien zeigen, dazu beitragen, alleinerziehenden Eltern und ihren Kindern aus der Armut zu helfen. Es ist zu hoffen, dass die Bundesländer den Weg für die notwendige Reform in diesem Jahr endlich freimachen. Es gilt aber auch, bei den Anrechnungsregelungen und der Entbürokratisierung von Leistungen anzusetzen, da sich Alleinerziehende einem besonders komplizierten Geflecht staatlicher Leistungen gegenüber sehen: So wird der Unterhaltsvorschuss auf das Wohngeld und den Kinderzuschlag angerechnet, das Kindergeld auf den Unterhaltsvorschuss, der Lohn wiederum auf den Kinderzuschlag, um nur einige Beispiele zu nennen. Da ausreichend bezahlte Arbeit der beste Weg aus der Armut ist, braucht es zudem Hilfen beim Wiedereinstieg nach der Elternzeit, Weiterbildungsangebote und ein qualitativ hochwertiges Betreuungssystem in Schule und Kita mit flexiblen Öffnungszeiten.

Nach wie vor hängen in Deutschland die Zukunftschancen von Kindern stark vom Elternhaus ab – als Kind arm zu sein, bedeutet häufig auch, als Erwachsener arm zu sein. Ziel muss es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes deshalb sein, allen Kindern den Zugang zu Bildung chancengerecht und unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern zu gewährleisten. Die Maß-

nahmen hierfür sind im Kinderreport 2016 umfassend ausgeführt und sollen deshalb an dieser Stelle nur kurz zusammengefasst werden: Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes brauchen wir ein bundeseinheitliches kostenloses Ganztags-Bildungssystem mit gut qualifiziertem Personal, das Kinder nach ihren individuellen Bedarfen fördert und nach oben hin durchlässig für alle Kinder ist. Angesetzt werden muss bereits bei der frühkindlichen Bildung. Neben dem Ausbau der Quantität muss das Augenmerk hier auch auf die Qualität gelegt werden. Notwendig sind dazu bundesweite Standards für die Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung. Dazu zählen die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher, pädagogisch funktionale Gruppengrößen, ein anforderungsgerechter Personalschlüssel sowie ausreichende Zeit für Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit mit den Kindern. Dabei geht es natürlich nicht nur um Kinder aus ärmeren Familien: Insbesondere auch für Flüchtlingskinder spielt die Kita als erster Ort des Ankommens, für das Erlernen der Sprache und die Integration eine zentrale Rolle. Hier sollte verstärkt in die Förderung von Sprachmaßnahmen und Qualifizierungen von Fachkräften investiert werden.

Interessant ist, dass Kinder in der Befragung fehlende Unterstützung für Kinder in der Schule etwas weniger bedeutsam für Kinderarmut einschätzen. Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes könnte dies an dem spezifischen Erfahrungshintergrund von Kindern und Jugendlichen liegen: Zum einen ist das Prinzip vererbter Armut ein relativ abstraktes Phänomen. Zum anderen bewegen sich Kinder und Jugendliche oftmals noch in Milieus mit demselben bildungs- und sozioökonomischen Hintergrund wie sie selbst.

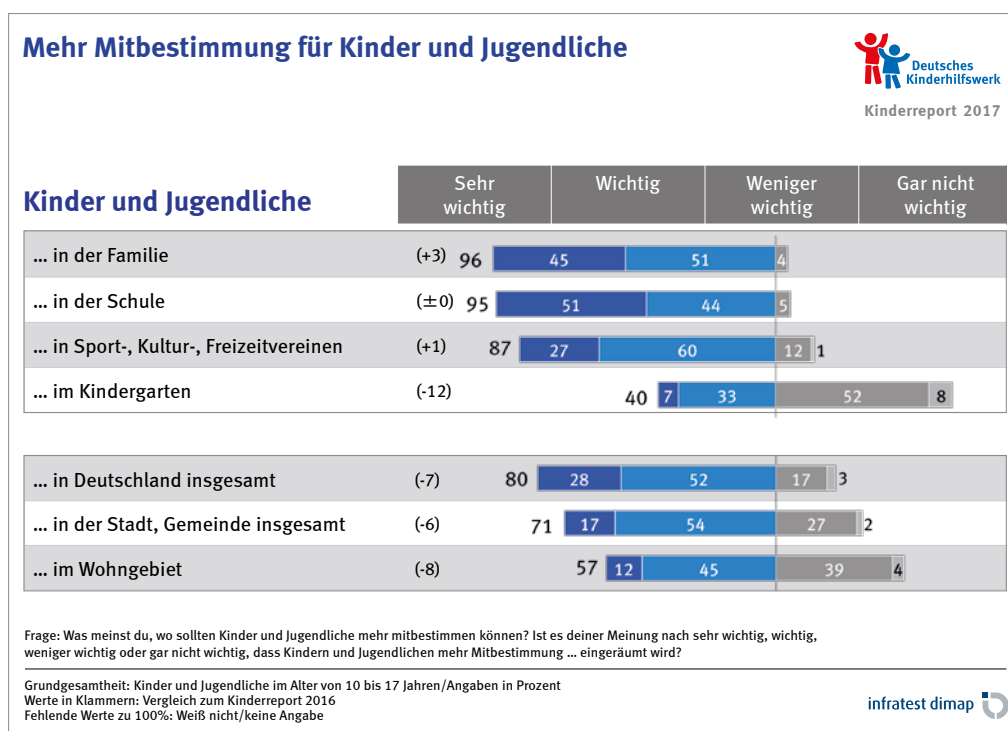
Wichtig ist aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ein ganzheitlicher Ansatz, um der anhaltend hohen Kinderarmut in Deutschland entgegenzutreten. Haben sich bereits einige Bundesländer und insbesondere viele Kommunen auf den Weg gemacht, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut und ihrer Folgen zu vernetzen, zu koordinieren und zu evaluieren, scheint sich dieser politische Wille auf der Bundesebene leider bisher noch viel zu wenig durchzusetzen. Ein bundesweites Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut, ein „Bündnis für Kinder“, das von Bund und Ländern gemeinsam entwickelt und zusätzlich durch Zivilgesellschaft und Wirtschaft begleitet und mitgetragen wird, könnte aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes Maßnahmen gegen Kinderarmut konzeptionell bündeln und für deren nachhaltige Finanzierung sorgen.

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen

Die Kinder und Jugendlichen in Deutschland wünschen sich in vielen Bereichen ihres unmittelbaren Lebensumfeldes größere Mitbestimmungsrechte. Wie bereits im Kinderreport 2016 deutlich wurde, sehen sie dabei in allen Bereichen einen höheren Bedarf („sehr wichtig“ und „wichtig“) an Mitbestimmung als die Erwachsenen.

Den größten Stellenwert messen die 10- bis 17-Jährigen dabei der Mitsprache im familiären und schulischen Umfeld zu. Nahezu geschlossen und ähnlich wie 2016 plädieren die Kinder und Jugendlichen dafür, in der Familie und in der Schule mehr mitbestimmen zu können, wobei 51 Prozent mehr Mitsprache in der Schule, und 45 Prozent mehr Mitsprache in der Familie als „sehr wichtig“ erachten. Im organisierten Sport-, Kultur- und Freizeitbereich stuft ein gutes Viertel der Kinder und Jugendlichen (27 Prozent) mehr Mitbestimmung als „sehr wichtig“ ein. Deutlich verhaltener ist die Forderung der Kinder und Jugendlichen nach Mitbestimmung im Bereich der frühkindlichen Bildung: Lediglich 7 Prozent halten mehr Mitbestimmungsrechte in der Kita für „sehr wichtig“.

Bei der Forderung nach mehr Mitbestimmungsrechten in der Schule ist das Meinungsbild differenziert nach Schultypen sehr heterogen. Für „sehr wichtig“ halten die Forderung 66 Prozent der Grundschüler/-innen und 55 Prozent der Gesamtschüler/-innen, während Schülerinnen und Schüler an Realschulen und Gymnasien mit 50 Prozent bzw. 49 Prozent deutlich verhaltener sind. Am geringsten ist der Wunsch nach mehr Mitbestimmungsrechten bei Hauptschülerinnen und Hauptschülern mit 35 Prozent.



Der Wunsch der Jugendlichen nach übergreifender Mitbestimmung, z.B. auf Bundes- oder kommunaler Ebene, fällt insgesamt geringer aus als in ihrem unmittelbar konkreten Lebensumfeld und ist seit 2016 auch nochmals zurückgegangen. Mehr Mitsprache in Deutschland insgesamt beurteilen knapp drei von zehn Jugendlichen als „sehr wichtig“ (28 Prozent). Auf kommunaler Ebene erachtet knapp jeder fünfte (17 Prozent), im Wohngebiet jeder achte (12 Prozent) Jugendliche ein Mehr an Mitbestimmung für „sehr wichtig“.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Erwachsene		Sehr wichtig				Wichtig				Weniger wichtig				Gar nicht wichtig			
... in Sport-, Kultur-, Freizeitvereinen	(-7)	80	29	51	16	3											
... in der Familie	(-10)	79	23	56	15	3											
... in der Schule	(-16)	72	23	49	22	5											
... im Kindergarten	(-21)		38	10	28					42	17						
... in Deutschland insgesamt	(-16)	64	20	44	28	5											
... in der Stadt, Gemeinde insgesamt	(-15)	59	14	45	33	6											
... im Wohngebiet	(-12)	54	12	42	37	6											

Frage: Wo sollten Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden? Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung ... eingeräumt wird?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent
 Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2016
 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

Das Meinungsbild der Erwachsenen unterscheidet sich in der Frage der Mitbestimmungsrechte von dem der Kinder und Jugendlichen teils deutlich. Einzig im Bereich der Sport-, Kultur- und Freizeitvereine stufen die Erwachsenen mehr Mitbestimmung als ähnlich wichtig wie die Kinder und Jugendlichen ein. In den Bereichen Familie und Schule sehen sie hingegen deutlich weniger Bedarf, Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen zu lassen. Jeweils 23 Prozent und damit rund halb so viele Erwachsene wie Kinder und Jugendliche halten mehr Mitwirkung hier für „sehr wichtig“. Auch bei Fragen der demokratischen Teilhabe in Deutschland insgesamt, auf kommunaler Ebene oder im Wohngebiet urteilen die Erwachsenen etwas verhaltener als die Kinder und Jugendlichen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Unterstützung der Erwachsenen bei Fragen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen teilweise stark zurückgegangen – auch wenn immer noch klare Mehrheiten für einen Ausbau der Mitsprache für Kinder und Jugendliche plädieren. In den Augen der Erwachsenen wird einer Erweiterung der Mitbestimmung insbesondere in Kitas, aber auch in Schulen eine deutlich geringere Bedeutung beigemessen als noch vor einem Jahr. Diese gesunkenen Zustimmungswerte sind aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes für die Erhebung im Rahmen des nächsten Kinderreports von besonderem Interesse. Dann lässt sich genauer bestimmen, ob hier ein Trend vorliegt oder ob die Unterschiede zwischen 2016 und 2017 auf eine kurzfristige partizipationskritische Stimmung bei den Erwachsenen zurückzuführen sind.

In allen Lebensbereichen sehen übrigens Frauen insgesamt eine höhere Notwendigkeit, Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen zu lassen – wobei die Diskrepanz zu Männern am höchsten im familiären (13 Prozent) und schulischen (11 Prozent) Bereich ausfällt.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche Männer und Frauen

Erwachsene

Mehr Mitbestimmung ist sehr wichtig	Gesamt	Männer	Frauen
... in Sport-, Kultur-, Freizeitvereinen	29	24	33
... in der Familie	23	16	29
... in der Schule	23	17	28
... im Kindergarten	10	7	12
... in Deutschland insgesamt	20	18	23
... in der Stadt, Gemeinde insgesamt	14	12	16
... im Wohngebiet	12	11	14

Frage: Wo sollten Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden? Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung ... eingeräumt wird?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: Wichtig/weniger wichtig/gar nicht wichtig/weiß nicht/keine Angabe

Weitere Unterschiede zeigen sich auch nach Parteisympathie: Während die Anhängerinnen und Anhänger der SPD einer Partizipation von Jugendlichen fast durchgängig die höchste Relevanz beimessen, zeigen sich die Anhängerinnen und Anhänger der Liberalen und der AfD hier fast überall eher zurückhaltend. Das betrifft insbesondere die Frage nach mehr Mitbestimmungsrechten in der Familie und in der Schule.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche Parteiangehörige

Erwachsene

Mehr Mitbestimmung ist sehr wichtig	Unions- Anhänger	SPD- Anhänger	Linke- Anhänger	Grüne- Anhänger	FDP- Anhänger	AfD- Anhänger
... in Sport-, Kultur-, Freizeitvereinen	31	36	27	22	11	23
... in der Familie	27	21	23	18	7	5
... in der Schule	26	25	24	15	15	16
... im Kindergarten	10	7	9	9		11
... in Deutschland insgesamt	18	27	19	18	13	16
... in der Stadt, Gemeinde insgesamt	13	21	17	18	10	13
... im Wohngebiet	10	14	24	9	7	13

Frage: Wo sollten Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden? Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung in ... eingeräumt wird?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren/Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: Wichtig/weniger wichtig/gar nicht wichtig/weiß nicht/keine Angabe

Auch die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen sind bei der Forderung nach mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sehr zurückhaltend. Besonders deutlich wird das bei der Frage nach mehr Mitbestimmung in der Schule, nur 15 Prozent der Grünen halten das für „sehr wichtig“.

Und noch eine wichtige Differenzierung fällt ins Auge: Eltern mit Kindern unter 14 Jahren halten mehr Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche durchgängig öfter für „sehr wichtig“ als der Rest der Befragten: in der Familie (33 zu 21 Prozent), in der Kita (15 zu 9 Prozent), in der Schule (32 zu 21 Prozent), in Sport-, Kultur- und Freizeitvereinen (38 zu 26 Prozent), im Wohngebiet (20 zu 10 Prozent), in der Stadt, Gemeinde insgesamt (16 zu 14 Prozent) und in Deutschland insgesamt (27 zu 18 Prozent).

Schlussfolgerungen

Das Recht auf Partizipation und Beteiligung ist eines der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention. Kinder haben eigene Bedürfnisse und eine eigene Meinung zu sie betreffenden Angelegenheiten und Themen. Und diese gilt es bei allen gesellschaftlichen Entwicklungen zu berücksichtigen und einzuplanen. Demokratieerziehung geht Hand in Hand mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Gesellschaftliches Engagement als wichtige Grundlage für Demokratie entwickelt sich, wie die Studie Vita Gesellschaftlichen Engagements (Deutsches Kinderhilfswerk 2007) veranschaulicht, aus der Erfahrung, dass die eigene Meinung bereits in jungen Jahren berücksichtigt wird und Prozesse im eigenen Umfeld aktiv mitgestaltet werden können. Kurz gesagt: Wer früh beteiligt wird, beteiligt sich auch später an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen. Wir erleben derzeit ganz aktuell, wie wichtig es ist, unsere Demokratie zu fördern und ein gesellschaftliches Miteinander zu ermöglichen. Dafür müssen wir Kindern Räume für echte Mitbestimmung eröffnen. Die Befragungsergebnisse zum Thema Mitbestimmung knüpfen somit unmittelbar an den Schwerpunkt dieses Kinderreports an.

Die Zustimmungswerte zeigen, dass sowohl Erwachsene als auch Kinder und Jugendliche Mitbestimmung als wichtig erachten und bei den Beteiligungsmöglichkeiten in allen abgefragten Bereichen noch starken Verbesserungsbedarf sehen. Gleichzeitig nehmen die Kinder im Vergleich zu den Erwachsenen den Mangel an Mitbestimmung noch etwas ausgeprägter wahr. Dies überrascht nicht unbedingt, verdeutlicht es doch vor allem, dass Kinder und Jugendliche unter einem Mangel an Mitbestimmung direkter und insofern stärker leiden. Gleichzeitig bewerten sie die Bereiche der Mitbestimmung, die sie unmittelbar erleben, in der Familie, der Schule und dem Verein als besonders wichtig.

Im Vergleich zu den Ergebnissen des letzten Kinderreports ergeben sich wie bereits angemerkt jedoch bei den Erwachsenen erkennbare Abweichungen. So wird von den Erwachsenen einer Erweiterung der Mitbestimmungsrechte insbesondere in Kindergärten aber auch in Schulen eine deutlich geringere Bedeutung beigemessen als noch im Vorjahr. Gleiches gilt für die Mitbestimmung auf den verschiedenen politischen Ebenen. In Bezug auf die Gründe für die sinkenden Zustimmungswerte lassen sich aktuell lediglich Mutmaßungen anstellen. Geklärt werden muss, ob es sich dabei um einen „Ausreißer“ in diesem Jahr oder eine längerfristige Tendenz handelt. Um hierzu klare Aussagen treffen zu können, soll der Themenblock beobachtet und im nächsten Kinderreport erneut näher beleuchtet werden. Ein möglicher Ansatzpunkt für eine Interpretation der sinkenden Zustimmungswerte in diesem Jahr könnte der sich verstärkende gesamtgesellschaftliche Diskurs zu demokratischen Prozessen sein, der sich schon in den Befragungsergebnissen zur Demokratiekompetenz der Kinder und Jugendlichen abgezeichnet hat. Möglicherweise gibt es zunehmend Zweifel von Erwachsenen an der Kompetenz, vielleicht auch nur der Motivation, von Kindern und Jugendlichen, ihre Lebensverhältnisse selbst mitgestalten zu können. Dies könnte besonders in Schule und Politik relevant sein, da diesen Bereichen allgemein eine vorrangige gesellschaftliche Bedeutung zugemessen wird. Eine mögliche Interpretation wäre auch, dass im Sinne einer zunehmend paternalistischen Haltung von Erwachsenen davon ausgegangen wird,

dass Erwachsene – auch ohne Anhörung und Beteiligung der Kinder und Jugendlichen – besser die Lebenswelt und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gestalten können als die Betroffenen selbst. Würde sich dies als Trend tatsächlich bestätigen, wäre das aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes eine fatale Entwicklung. Denn die Anerkennung von Kindern und Jugendlichen als eigenständige Subjekte, die kreativ und kompetent ihre Umwelt mitgestalten, stellt eine fundamentale Säule des kinderrechtlichen Verständnisses dar, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention normiert ist. In Bezug auf diese Ergebnisse könnte sich auch die steigende Zurückhaltung der befragten Kinder und Jugendlichen hinsichtlich ihrer Mitbestimmung auf den politisch-administrativen Ebenen in Deutschland (Bund, Land, Stadt oder Gemeinde, Wohngebiet) verorten. Käme es langfristig zu einer Abnahme von Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in diesen politisch-gesellschaftlichen Räumen, wäre das aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes im Sinne der Zukunft einer lebhaften Demokratie höchst bedenklich.

Das Ergebnis der Befragung bestärkt uns als Kinderrechtsorganisation, die seit vielen Jahren für mehr Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen eintritt, in unserer Verpflichtung, noch aktiver zur Bekanntmachung von Beteiligungsrechten und der Etablierung von Beteiligungsmöglichkeiten beizutragen. Die Bedeutung von Beteiligungsrechten muss noch umfassender ins Bewusstsein dringen und insbesondere auch den Erwachsenen in unserer Gesellschaft in ihrer Sinnhaftigkeit näher gebracht werden. Dabei muss die Bedeutung von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für die Gesellschaft als Ganzes stärker im Zentrum stehen. Denn Mitbestimmung betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche allein. Es gilt, alle Akteure in diesem Prozess mitzunehmen. Wichtig sind dabei die Aufklärung über existierende Beteiligungsmöglichkeiten und die Vermittlung der Ergebnisse und Erfolge von Beteiligungsprojekten, wie beispielweise Kinder- und Jugendparlamenten oder U-18 Wahlen.

Am Anfang einer stärkeren Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen, wie sie sich ein überwiegender Teil der Befragten wünscht, stehen Kinder und Jugendliche selbst. Um deren Interessen zu kennen und zu gewährleisten, müssen die Kinder und Jugendlichen selbst gefragt und eingebunden werden. Hierfür gilt es, insbesondere Beteiligungsmöglichkeiten in den Landes- und Kommunalverfassungen verbindlich zu verankern. Denn das ist auch im Sinne der Gesamtgesellschaft: Eine nachhaltige kommunale Entwicklung hängt in großem Maße davon ab, wie Kinder und Jugendliche vor Ort eingebunden werden. Kommunen, in denen Kinder und Jugendliche sich wohl fühlen, sind nicht nur für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswerter, sondern auch zukunftsfester, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.

Interessant ist auch, dass bei Erwachsenen wie Kindern insbesondere die Bedeutung der Mitbestimmungsrechte in der Kita bei der Befragung als weniger wichtig eingestuft wird als im letzten Kinderreport. Dies deutet darauf hin, dass es kleineren Kindern zunehmend weniger zugetraut wird, in ihren eigenen Belangen mitzubestimmen. Deshalb muss in der frühkindlichen Bildung durch geeignete Instrumente, wie Kinderkonferenzen, Kinderräte oder Kitaverfassungen das Vertrauen von Kindern und Erwachsenen in die Beteiligung gestärkt werden. Der Skepsis gegenüber früher Beteiligung sollte begegnet werden, indem diese ganz selbstverständlich im Alltag der Bildungseinrichtungen verankert und mit positiven Erfahrungen verbunden wird. Dies setzt ohne Frage jedoch auch einen besseren Betreuungsschlüssel und entsprechende Fortbildungen des Personals voraus. Beteiligung muss dabei von Erwachsenen verstanden werden als produktives Element der Erziehung und des gemeinschaftlichen Zusammenlebens in Kindertageseinrichtungen. Es geht nicht darum, Kindern die alleinige Verantwortung für Abläufe und Inhalte im Kitaalltag zu übertragen. Vielmehr steht ihre Einbindung als tatkräftige Subjekte mit eigenen Ideen, Bedürfnissen und Meinungen im Mittelpunkt. Denn nur wenn Kinder mitbestimmen können, können sie sich als eigenständige Subjekte altersgerecht entwickeln.

Thomas Krüger

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

Demokratieförderung von Anfang an – Aufgabe für die gesamte Gesellschaft

Wenn nur knapp zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zutraut, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen, dann sollte uns diese Zahl aufhorchen lassen. „Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk, das man ein für alle Mal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden“, hat Heinz Galinski einmal gesagt. Es wird also der heutigen jüngeren Generation über kurz oder lang diese Aufgabe zufallen, nämlich die Verteidigung unserer Demokratie gegen alle Angriffe von innen und von außen. Deshalb ist es die Aufgabe der heutigen Gesellschaft, unsere Kinder und Jugendlichen entsprechend vorzubereiten, sie in die Lage zu versetzen, diese für unsere Gesellschaft existenzielle Aufgabe übernehmen zu können.

Die statistischen Befunde im Kinderreport 2017 sprechen eine klare Sprache. Bei der Frage, wer hauptsächlich die Verantwortung für die Förderung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen trägt, sehen neun von zehn Befragten Familie und Elternhaus in der Pflicht, zwei Drittel nennen Schule und Kita. Mit weitem Abstand folgen in dieser Frage Sportvereine, politische Parteien, die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie Kinder- und Jugendverbände. Um demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern, halten fast alle Befragten mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit für sinnvoll. Als weitere wichtige Maßnahmen werden eine Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts in den Schulen und die stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik befürwortet. Sehr verbreitet sind darüber hinaus Meinungen, dass Trainerinnen und Trainer in Sportvereinen Vorbilder in Sachen Demokratie sein sollten, und dass politische Bildung Pflichtfach in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern sein sollte. Und immerhin zwei Drittel halten eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen für sinnvoll.

Demokratie und ihre Voraussetzungen

Bei der Diskussion über die Zukunft unserer Demokratie sollten wir diese nicht nur als politische Ordnung begreifen, sondern auch als ethisches Konstrukt. Demokratie ist in diesem Sinne die Antwort auf die Frage „Wie wollen wir leben?“. Und wir müssen uns dabei daran erinnern, dass es eigentlich um Freiheit im Sinne der Möglichkeit von Selbstverwirklichung des Einzelnen und einer demokratischen Selbstregierung der Gemeinschaft geht. Denn Freiheit und Demokratie sind voneinander abhängig: Ohne Freiheit kann es keine demokratischen Beteiligungsrechte geben. Ohne abgesicherte Partizipationsrechte ist die Freiheit nicht zu gewährleisten.

Wenn wir uns die Theorien über Demokratie und insbesondere über Partizipation anschauen, so ist dort die demokratische Persönlichkeit ein Idealtypus, der in der Wirklichkeit selten vorkommt. Gemeint ist dabei ein Mensch mit sozialen, politischen und emotionalen Kompetenzen, der die Sachlage aus seiner Perspektive beurteilen kann, seine Meinung zum Ausdruck bringen kann, am Gemeinwohl orientiert ist und sich für sein Gemeinwesen engagiert. Es geht um einen Menschen, der zukunftsorientiert handelt und sich durch seine Beteiligung am kulturellen, sozialen und politischen Geschehen seines nahen und weiteren Umfelds selbst verwirklicht. Er ist nach Aristoteles ein „zoon politicon“ – ein Mensch, der erst durch seine Partizipation am politischen und sozialen Geschehen in der Gemeinschaft vollständig Mensch ist.

Die so gedachte demokratische Persönlichkeit hat zwar auch etwas mit Wissen zu tun: Man braucht Kenntnisse über Verfahren und Prozesse innerhalb einer Gesellschaft, über Institutionen und Struk-



turen des Staates, über Rechte und Pflichten, um sich in einer Demokratie zu orientieren. Aber in erster Linie beruht eine demokratische Persönlichkeit auf emotionalen und sozialen Fähigkeiten, die während des Heranwachsens und auch im Erwachsenenalter durch demokratische Beziehungen zwischen Menschen und durch angemessene Beteiligungsmöglichkeiten vermittelt werden. Kinder und Jugendliche werden nicht zu gebildeten, verantwortungsbewussten und engagierten Erwachsenen, indem sie sich nur irgendein Wissen aneignen oder dieses vermittelt bekommen. Vielmehr arbeitet sich eine demokratische Persönlichkeit am Gegenüber ab, was in der Regel nicht immer konfliktfrei verläuft. Nur auf diesem Weg der praktischen Erfahrung können Heranwachsende Urteilskompetenz erwerben: indem sie auch abweichende Meinungen äußern und um diese kämpfen müssen; indem sie Argumente formulieren und sich Gegenargumenten stellen müssen. Auch Verweigerung und Widerstand müssen erlaubt sein. Partizipation fördern zu wollen bedeutet deshalb, sich als ein starkes Gegenüber im Bildungsprozess zur Verfügung zu stellen.

Die westlichen Demokratien, ihre Prozesse und Institutionen, wurzeln bekanntermaßen in der Aufklärung und den bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, deren Ziel u.a. in der Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger am Staatswesen bestand. Infolge der Aufklärung bildete sich ein rationales Weltbild heraus, das den zentralen Funktionsprinzipien der sich neu formierenden politischen Systeme zugrunde gelegt wurde, um Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen. In diesem Kontext ist beispielsweise auch die politische Bildung entstanden, die sich seitdem – und verstärkt nach den Erfahrungen des Totalitarismus – nach den Kriterien der Aufklärung und Rationalität weiterentwickelt hat. Heute zeigt sich aber mehr als deutlich, dass Demokratie nicht nur rational gelebt werden kann. Die etablierten Verfahren, Prozesse und Institutionen sind besonders für diejenigen attraktiv, die bereits beteiligt sind oder gute Beteiligungschancen haben. Für viele Nachwachsende ist das, was sie für das politische Geschehen in Berlin und Brüssel halten, viel zu weit weg, irgendwo „da oben“. Diese empfundene Distanz ist genau das Gegenteil von unmittelbar eigener, selbstwirksamer Erfahrung.

Die Ergebnisse der Shell-Studien bestätigen immer wieder: Kinder und Jugendliche sind politisch und sie sind politisch interessiert. Sie wissen allerdings meist nicht, dass sie es sind, weil sie ein „enges“ Politikverständnis haben. Das soziale und kulturelle Geschehen in ihrem nahen Lebensbereich tangiert sie und viele von ihnen engagieren sich auch. Das hat damit zu tun, dass diese – erfahrungsorientierten – Formen der Beteiligung gelebt werden können. Gleichwohl wird dieses Engagement nicht immer als „politisch“ wahrgenommen. Deshalb brauchen wir Bildungsansätze zur Stärkung demokratischer Kompetenzen, die diesen Aspekt erfahrbarer Selbstwirksamkeit angemessen berücksichtigen.

Gesamtgesellschaftliche Partizipation ermöglichen

Partizipation sollte dabei weder ein Zufallsprodukt, noch ein Ergebnis der Durchsetzungskraft Einzelner sein. Jede Einrichtung braucht eine entsprechende Haltung aller Beteiligten, die Partizipation selbstverständlich macht. Aber sie braucht eben auch verlässliche und dauerhafte Strukturen und Prozesse. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass Partizipation systematisch erfolgt und alle einbezieht – unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen und Durchsetzungsfähigkeiten. Oder wie schon Jean-Jacques Rousseau festgestellt hat: „Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“ Außerdem gilt: Wenn wir eine demokratische Organisation aller Lebensbereiche wollen, müssen die bestehenden Asymmetrien der Lebensverhältnisse ausgeglichen werden. Diese Asymmetrien zeigen sich beispielsweise in unterschiedlichen Bildungshintergründen oder ökonomischen Lebensverhältnissen Einzelner. Folgt man dem Demokratietheoretiker Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, ist beispielsweise die aktuell messbare Kluft zwischen privilegierten Partizipierenden und den sogenannten Abgehängten nur zu schließen, wenn die materialen Ergebnisse der (Wirtschafts-, Bildungs- und Sozial-)Politik die sozioökonomische Spaltung der Gesellschaft verhindern. Schaffen wir den Ausgleich nicht, müssen wir die elitäre und exklusive Zuschauerdemokratie auf Dauer akzeptieren. Als kleiner Exkurs dazu: In einem Entwurf für den im Frühjahr 2017 erscheinenden Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung klang das analog dann so: „[...] die Wahrscheinlichkeit für eine Politikänderung [ist] wesentlich höher [...], wenn die Politikänderung von einer großen Anzahl von Befragten mit höherem Einkommen unterstützt wird.“ Geringverdiener, so der Befund, zögen daraus den Schluss, dass ihre Teilnahme an der Demokratie nicht gewünscht sei. Es wird spannend sein zu beobachten, ob dieser Passus nach seiner Streichung im Rahmen der Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung doch noch, und wenn ja, in welcher Form, Eingang in den endgültigen Bericht findet.



Demokratie und Bildungsarmut

Betrachten wir den Zusammenhang zwischen Demokratie und Bildung noch einmal grundsätzlicher. Sie ist nach Immanuel Kant der Weg zur Erlangung von Mündigkeit, nach Wilhelm von Humboldt ist sie sogar die Voraussetzung zur Entfaltung vollständiger Humanität. Bildung kann damit verstanden werden als Bedingung für die innere und äußere Freiheit des Menschen. Sie schafft geistige Selbständigkeit, Urteilsvermögen und Wertebewusstsein. Bildung hilft uns, diese zu entwickeln und zum Ausdruck zu bringen, was in jedem einzelnen von uns steckt, unsere Talente und Begabungen, unsere Interessen und Fähigkeiten. Aber auch für die Gesellschaft sind Wissen, Kreativität und Einfallsreichtum der Bürgerinnen und Bürger die wichtigsten Ressourcen. Aus ihnen speist sich die Lebendigkeit und Stärke eines Gemeinwesens, sie sind Grundlage für den Zusammenhalt der Menschen in Freiheit, die Voraussetzung für Fortschritt und Wohlstand. Und sie sind ein wichtiges Fundament unserer Demokratie. Denn sie braucht den mündigen Bürger, der um Zusammenhänge weiß, der Urteilskraft besitzt und zur politischen Partizipation befähigt ist. Ohne Bildung gibt es keine Demokratie, ohne mündige und wissende Bürgerinnen und Bürger keine lebendige Gestaltungskraft für unser Gemeinwesen.

Spätestens seit der ersten PISA-Studie wissen wir aber, dass Bildungsarmut keineswegs ein Problem der wirtschaftlich abgehängten Welt ist. Bildungsarmut betrifft auch hier in Deutschland viele Menschen ganz direkt. Zwar hat es in den letzten Jahren viele Reformen und auch manche Veränderungen im Bildungsbereich gegeben. Doch was die Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche aus armen Elternhäusern betrifft, sind die Befunde nach wie vor erschreckend. Entsprechend kam der Kinderreport 2016 des Deutschen Kinderhilfswerkes zu dem Ergebnis, dass umfangreiche

Reformen für mehr Bildungsgerechtigkeit notwendig sind. Eine sehr große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland sieht das im Übrigen genauso: Sie präferiert zum Beispiel ein einheitliches Bildungssystem ohne deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, fordert eine spezielle Förderung von benachteiligten Kindern in Kitas und Schulen sowie geringere Kostenbeiträge für Kita und Schule und Kostenfreistellungen für Lernmaterial, Tagesverpflegung und Teilnahme an Sport und Kultur.

Das Deutsche Kinderhilfswerk beklagt diesbezüglich wiederholt und an vielen Stellen den offensichtlichen Mangel eines entschiedenen, politischen Willens, sich des drängenden, strukturellen Problems der schlechten Bildungschancen der von Armut betroffenen Kinder in Deutschland anzunehmen. Das bittere Problem der Bildungsbenachteiligung ist skandalös und hängt Deutschland nun schon seit so vielen Jahren nach – Fortschritte sind zwar erkennbar, reichen aber bei weitem nicht aus. Und das, obwohl Bildung als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und für den chancengerechten Zugang zu einer angemessenen beruflichen Entwicklung nachweislich von entscheidender Bedeutung ist. Auch bei der Integration von Flüchtlingskindern gewinnt der Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft verstärkt an Bedeutung. Denn viele der aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns geflüchteten Kinder und Jugendlichen haben einen großen Nachholbedarf an schulischer Bildung zusammen mit dem Erwerb grundlegender Sprachkompetenzen. Es liegt also eine wahre Herkulesaufgabe vor uns, die es zu bewältigen gilt. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern, um wirksame Konzepte gegen die zu große Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft auf den Weg zu bringen. Dafür müssen sowohl finanzielle Ressourcen mobilisiert, als auch Schule und Schulunterricht selbst verändert werden. Dazu zählt beispielsweise die Vermittlung von Kinderrechten, die in Schulen zu einem Leitgedanken gemacht werden sollten und die ins Leitbild jeder Schule gehören. Dazu sollte aber auch mehr Wert auf die Persönlichkeitsbildung von Schülerinnen und Schülern gelegt werden, beispielsweise mittels Politik-, Ethik- oder Philosophieunterricht. Gut gemacht kann ein solcher Unterricht dazu beitragen, Benachteiligungen zu kompensieren. Ich habe starke Zweifel, ob uns das alles mit dem derzeit gesetzlich fixierten Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im schulischen Bereich gelingt. Dieses Verbot gehört deshalb komplett abgeschafft.

Demokratiepädagogik

Bei der Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Bildung und Demokratie kommt der Demokratiepädagogik natürlich eine besondere Bedeutung zu. Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik bezeichnet sie als „die gemeinsame Aufgabe zivilgesellschaftlich ausgerichteter Initiativen, Konzepte, Programme und Aktivitäten in Praxis und Wissenschaft, die das Ziel verfolgen, die Erziehung zur Demokratie zu fördern.“ Demnach sind Demokratie und Menschenrechte als umfassende und grundlegende Gestaltungsnormen eng miteinander verbunden und können nur miteinander verwirklicht werden. Wie die Menschenrechte, so sei auch die Demokratie eine historische Errungenschaft, deren Verständnis, Bedeutung und praktische Geltung durch politisches wie durch pädagogisches Handeln immer wieder aktiv erneuert und verwirklicht werden müsse. Demokratiepädagogik umfasse dabei pädagogische, insbesondere schulische und unterrichtliche Aktivitäten zur Förderung von Kompetenzen, die Menschen benötigen, um an Demokratie als Lebensform teilzuhaben und diese aktiv in Gemeinschaft mit anderen Menschen zu gestalten, um sich für Demokratie als Gesellschaftsform zu engagieren und sie durch partizipatives Engagement in lokalen und globalen Kontexten mitzugestalten sowie um Demokratie als Regierungsform durch aufgeklärte Urteilsbildung und Entscheidungsfindung zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Schauen wir uns die Ergebnisse des Kinderreports 2017 im Einzelnen und hier zunächst die Zuschreibung der Verantwortung für die Förderung von demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen an: Heraus sticht die übergroße Verantwortungszuschreibung an Familie und Elternhaus. Das korrespondiert mit einer vielbeachteten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2008, nach der die elterliche Pflicht zur Pflege und Erziehung ihres Kindes nach Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz nicht allein gegenüber dem Staat bestehe, der über die Ausübung der Elternverantwortung zu wachen habe und verpflichtet sei, zum Schutze des Kindes

einzuschreiten, wenn Eltern dieser Verantwortung nicht gerecht werden. Die Eltern seien auch unmittelbar ihrem Kind gegenüber zu dessen Pflege und Erziehung verpflichtet. Denn „das Kind ist nicht Gegenstand elterlicher Rechtsausübung – es ist Rechtssubjekt und Grundrechtsträger, dem die Eltern schulden, ihr Handeln an seinem Wohl auszurichten“, führte das Bundesverfassungsgericht aus. Erziehung muss dementsprechend sowohl an der bestmöglichen Entwicklung des Kindes als auch am Gemeinwohl ausgerichtet sein. Die Demokratie lebt, kurz gesagt, auch von demokratischer Erziehung in den Familien.

Wie wichtig es ist, Demokratie auch in der Familie erlebbar zu machen, ist in der Literatur bereits ausführlich diskutiert und bewertet worden. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, hat das vor knapp 20 Jahren so zusammengefasst (Kraus, Josef: In der Familie Demokratie erlebbar machen. <http://bit.ly/2iXBn5RAD> 05.01.2017): „In der Familie sind alltäglich wesentliche Merkmale des demokratischen Prinzips erlebbar: die Achtung der Individualität des einzelnen, die Förderung der Eigenverantwortung, das Recht auf eigene Meinung, die Bereitschaft zum Zuhören, die Toleranz gegenüber anderen Einstellungen und Erfahrungen, die Bereitschaft zum Gewaltverzicht, die Verpflichtung zum Kompromiss, aber auch die Achtung einer legitimen Autorität. Was hier innerhalb der Familie versäumt wird oder an bedenklichen Prägungen stattfindet, vermag institutionalisierte Demokratieerziehung gar nicht oder nur unter sehr großem Aufwand zu kompensieren. Erziehung zur Demokratie beinhaltet ein Dreifaches: Sie bedeutet erstens Erziehung zum Verständnis des Prinzips Demokratie, zweitens zum Eintreten für Demokratie und drittens zur Mitwirkung in einem demokratischen Gemeinwesen. Erziehung zur Demokratie ist damit die herausragende Aufgabe einer jeden Erziehung und einer jeden politischen Bildung in einem freien Rechts- und Sozialstaat.“



In dieser Zusammenfassung konstatiert das Deutsche Jugendinstitut (Alt, Christian; Teubner, Markus; Winklhofer, Ursula: Partizipation in Familie und Schule – Übungsfeld der Demokratie. <http://bit.ly/2iXvpln> AD 5.1.2017) bezogen auf Partizipation und Beteiligung in der Familie, dass gerade in der Familie schon seit längerer Zeit ein Wandel in der Gestaltung der Beziehung zwischen Eltern und Kindern festzustellen sei: „Eltern treten ihren Kindern weniger stark als Autoritäten gegenüber, die genau vorschreiben, was zu tun ist. Sie sind vielmehr bereit, sich auf argumentierende Beratungs- und Aushandlungsprozesse einzulassen ... Insgesamt lässt sich seit Mitte des letzten Jahrhunderts ein Übergang von der ‚Entscheidungshoheit‘ der Eltern gegenüber ihren Kindern zur Bezogenheit der Eltern auf ihre Kinder feststellen, die sich inzwischen auf breiter Front durchgesetzt hat. Die Orientierung auf die Kinder zeigt sich nicht nur in einer allgemeinen Orientierung an den Normen des Kinderschutzgedankens, sondern auch in einer neueren, subjektbezogenen Variante, die sich an der Respektierung kindlicher Interessensäußerungen festmachen lässt. Die normgeleitete und die subjektbezogene Kindorientierung kommen gleichzeitig vor und ergänzen sich in unterschiedlichen Variationen in den einzelnen Familien ... Subjektbezogene Kindorientierung zeichnet sich durch eine familiäre Verhandlungskultur aus. Kinder werden je nach Ermessen der Eltern in Entscheidungen einbezogen, und ihre Interessen werden mehr oder weniger berücksichtigt. Damit ist über die Akzeptanz kindlicher Interessenslagen hinaus auch die Möglichkeit gegeben, dass – innerhalb bestimmter Grenzen – kindliches Handeln weitgehend selbstkontrolliert ablaufen kann. Kinderleben erfährt so eine Aufwertung an Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit. Gelungene Aushandlungsprozesse führen zu vermehrter Partnerschaftlichkeit und erhöhen die Bereitschaft, die Entscheidungsbeteiligung der Kinder im Laufe der Zeit zu erweitern ... Durch solche Erfahrungen lernen Kinder, eine Sache zu durchdenken und Argumente für eigene Überzeugungen und Handlungen anzugeben. Eine Person, die so sozialisiert wird, ‚respektiert andere und ist bereit, deren Ansichten und Gefühle in Rechnung zu stellen, und sie geht so weit, die eigene Sicht auf bedeutsame Sachverhalte zu ändern. Sie/er lässt bewusst zu, dass die eigene Sicht durch andere verändert wird. In anderen Worten, sie/er ist bereit, mit sich argumentieren zu lassen‘.“

Partizipation und Beteiligung in der Familie sind also hervorragende Grundlagen für die weitere Ausbildung demokratischer Grundüberzeugungen und Verhaltensweisen. Deshalb richtet sich ein deutlicher Appell an die Eltern, dass sie ihr Erziehungsprivileg stärker im Sinne der Demokratieerziehung wahrnehmen. Diese Verantwortung kann und darf ihnen niemand abnehmen. Familien können bei dieser Aufgabe aber bestmöglich unterstützt werden, beispielsweise durch Kitas und Schulen oder andere öffentliche Einrichtungen. Auch orientierende, generationsübergreifende Gespräche – von Eltern zu Kindern und Großeltern zu Enkeln – können eine Schlüsselbedeutung für den Demokratietransfer auf die nächste Generation annehmen. Das deckt sich mit den Befunden des Kinderreports 2015, wonach Kinder und Jugendliche die Familie als Hauptinformationsquelle in Sachen Kinderrechte ansehen. Das weist auch auf einen Kreditabilitätsvorsprung in den unmittelbaren verwandtschaftlichen Kontexten hin. Die Vermittlung von Demokratie zuhause hat also eine enorme Bedeutung.

Demokratiekompetenz durch Mitbestimmung in Familie und Schule

Die Kinder und Jugendlichen in Deutschland, die für den Kinderreport 2017 auch zum Thema Mitbestimmungsrechte in der Familie befragt wurden, messen den größten Stellenwert der Mitsprache im familiären und schulischen Umfeld zu. Nahezu geschlossen und ähnlich wie im Kinderreport 2016 plädieren die Kinder und Jugendlichen dafür, in der Familie und in der Schule mehr mitbestimmen zu können, wobei 51 Prozent mehr Mitsprache in der Schule, und 45 Prozent mehr Mitsprache in der Familie als „sehr wichtig“ erachten. Die Erwachsenen sehen das in der Tendenz genauso, allerdings mit teils wesentlich niedrigeren Prozentwerten. Dabei halten Eltern mit Kindern unter 14 Jahren mehr Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche durchgängig öfter für „sehr wichtig“ als der Rest der Befragten. Viele Eltern fragen sich: Wie kann ich meine Kinder zu toleranten und aufgeschlossenen Menschen, zu Demokraten erziehen? Wie wichtig ist dabei die frühe Vermittlung von Werten? Dazu ist grundsätzlich zu sagen, dass mit der Vermittlung von Werten gar nicht früh genug begonnen werden kann – in der Familie, in der Kita, in der Schule. Zu den zentralen Werten einer demokratischen Gesellschaft gehört die Vorstellung von der Gleichwertigkeit und Gleichheit



aller Menschen. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit, die wir in Deutschland zuhauf im wiedererstarten Rechtsextremismus finden, widerspricht dieser Wertvorstellung. Eltern sollten dabei klarmachen, dass wir eine solidarische und demokratische Gesellschaft wollen und nicht etwa eine Gesellschaft von Privilegien, in der öffentliche Güter wie die öffentliche Bildung unter die Räder kommen. Deshalb muss Demokratie, müssen Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben sind, auch in der Familie gelebt werden. Dazu gehört, dass wir Erwachsenen bereit sind, ein Stück unserer Macht innerhalb der Familie abzugeben. Das ist an vielen Stellen zunächst anstrengend, aber im Sinne unserer Demokratie trotzdem geboten. Und wir müssen als Erwachsene Kindern und Jugendlichen mehr zutrauen und aktiv Mitbestimmung ermöglichen.

Neben der Familie wird auch den Bildungseinrichtungen Schule und Kita ein hohes Maß an Verantwortung für die Förderung von demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen zugeschrieben. Wenden wir uns zunächst den Schulen zu. Wie kann man erkennen, ob demokratisches Miteinander in einer Schule gelebt wird und wie lässt sich dies fördern? Schulen sollten immer ein Ort der Gleichwertigkeit sein. Die Schule ist neben den Familien und dem sozialen Umfeld eine der wichtigsten Sozialisationsinstanzen: Hier werden die Persönlichkeiten, ihre Wahrnehmungen und Einstellungen mitbeeinflusst. Hier können die Kinder und Jugendlichen direkt in einem ihrer Lebensmittelpunkte erreicht werden.

In unseren Schulen müssen nicht nur, wie oben bereits angesprochen, die gesellschaftspolitischen Fächer gestärkt werden, sondern auch ganz konkret die demokratischen Praktiken im Alltag. Das BundesNetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung, das vor knapp zehn Jahren auf Initiative des Deutschen Kinderhilfswerkes gegründet wurde, hat sich in diesem Sinne für eine Ausweitung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern ausgesprochen. In einem Plädoyer mit dem Titel „Schule fürs Leben“ setzt sich das BundesNetzwerk dafür ein, neue Formen und Räume für mehr Information, Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungsfindungen zu schaffen. Dabei sollten alle Bereiche, wie Unterrichts- und Raumgestaltung oder Schulorganisatorisches, eingeschlossen werden – beispielsweise durch die Mitbestimmung und Mitgestaltung von Kindern bei Schulverfassungen oder den Leitbildern der Schulen. Hauptziel muss es dabei sein, dem negativen Trend der Abkehr junger Menschen von unserer demokratisch organisierten Gesellschaft entgegenzuwirken. Vielmehr sollten durch positive Erfahrungen in der Schulmitwirkung Kinder und Jugendliche an demokratische Strukturen herangeführt werden.

Um eine demokratische Schulkultur zu entwickeln, schlägt das BundesNetzwerk vor, die bereits in den Schulgesetzen verankerten Regelungen zu Entscheidungsebenen durch Regelungen zur Entscheidungsfindung für Meinungsbildungsprozesse zu ergänzen. Außerdem sollte den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werden, bei der Wahl der Unterrichtsinhalte, den Unterrichtsmethoden und bei der Bewertung stärker mitzuwirken. Die Arbeit der Schüler/innenvertretungen sowie andere Beteiligungsmöglichkeiten am Schulalltag müssten intensiver unterstützt und Stundenpläne so verändert werden, dass genug Zeit und Raum für einen Klassenrat und Schulversammlungen bleibt. Jede Schule sollte die Stundenpläne so einrichten, dass jede Klasse mindestens eine Stunde pro Woche eigene Themen bespricht und bearbeitet. Das BundesNetzwerk empfiehlt zudem den Einsatz von Prozessbegleiter/innen, wie Mediator/innen, die vor allem in Konfliktsituationen zwischen Schülerinnen und Schülern sowie erwachsenen Fachkräften und Eltern eine neutrale Instanz darstellen.

Demokratiebildung in Schulen kann sich auch ganz praktisch umsetzen lassen: Um Kinderrechtebildung und Demokratieförderung möglichst früh in den schulischen Kontext einzubinden, unterstützt das Deutsche Kinderhilfswerk mit dem Modellprojekt „Kinderrechteschulen“ Grundschulen darin, Kinderrechte wie zum Beispiel das Recht auf Mitbestimmung und Beteiligung im Unterricht altersgerecht und praktisch zu vermitteln und sowohl in der Schule als auch im Schulumfeld umzusetzen. Am Ende eines erfolgreich absolvierten Prozesses wird die Schule mit einem entsprechenden Siegel ausgezeichnet – ein öffentlichkeitsstarkes Zeichen und Qualitätsmerkmal zugleich. Dabei verbindet der Prozess das gesamte Schulteam und schafft eine Identifikation, auf die sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte und Eltern stolz sind.

Wichtig ist es auch, dass es Qualitätsstandards für öffentliche Institutionen wie Schule und Kita in Sachen Demokratiebildung gibt. Dabei muss auch eine Rolle spielen, dass bildungsferne Milieus Schule eher als Selektionsmechanismus erfahren. Sie haben oftmals negative Bildungserlebnisse gemacht, die ihnen den Zugang zu weiteren Bildungsetappen erschweren. Das Bildungssystem sollte also auch aus diesem Grund durchlässiger gemacht werden mit mehr individueller Förderung schon im Grundschulalter. Dadurch hilft man den Schülerinnen und Schülern und macht sie auch empfänglicher für Demokratieerziehung.

Chancen frühkindlicher Demokratieerziehung

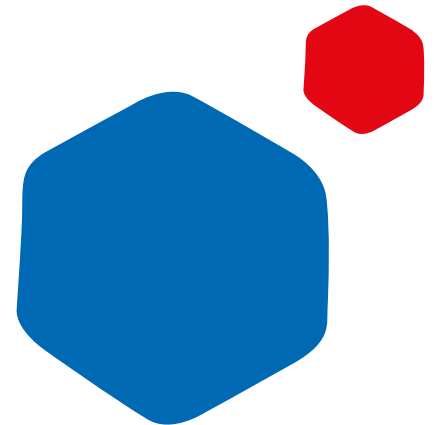
Aber nicht erst in der Schule sollte Demokratieerziehung eine zentrale Rolle einnehmen. Die Voraussetzungen für ein gelungenes Bildungssystem, zu dem auch die Ausprägung eines demokratischen Grundverständnisses gehört, werden bereits in der Kita geschaffen. Deshalb müssen diese konsequent von Betreuungs- in Bildungseinrichtungen weiterentwickelt werden, so wie das vielerorts bereits geschieht. Dazu dient auch das aktuell gestartete Modellprojekt „bestimmt bunt – Vielfalt und Mitbestimmung in der Kita“ des Deutschen Kinderhilfswerkes, das im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die strukturelle Beteiligung und Mitbestimmungskompetenzen von Kindern in der frühkindlichen Bildung sowie Ansätze von Vielfaltspädagogik und Demokratieförderung von Anfang an fördert. Dafür werden in Modell-Kitas Qualifizierungsmaßnahmen für das pädagogische Personal initiiert, Strukturbildungsprozesse mit den Kita-Leitungen entwickelt sowie regionale und überregionale Vernetzungsmöglichkeiten für die beteiligten Fachkräfte geschaffen. Zudem wird das Thema frühkindliche Demokratieförderung in der Praxisarbeit durch Informations- und Arbeitsmaterialien Kindern und Eltern gegenüber pädagogisch handhabbar gemacht.

Die praktische Vermittlung demokratischer Strukturen und dabei vor allem die Frage der Beteiligung und ihre Implementierung in den Kita-Alltag haben neben der Demokratieförderung noch einen weiteren wichtigen Effekt. So hat das Deutsche Kinderhilfswerk bereits in seinem Kinderreport 2012 den Blick auf die Mitbestimmung im Vorschulalter gelenkt und die bis dahin nicht im Mittelpunkt stehenden Einflussgrößen der frühen Partizipationserfahrungen für die Entwicklung von Resilienz und als Ausweg aus der Vererbung von Armut untersucht. Empirisch nachgewiesen wurde, dass die frühe

Beteiligung von Kindern den Kreislauf der Vererbung von Armut durchbricht. Der Kinderreport 2012 des Deutschen Kinderhilfswerkes zeigt, dass Kinder durch Mitbestimmung schon in jungem Alter soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark machen. Dadurch können die Kinder erfolgreich mit aversiven Reizen umgehen. Für Kinder aus benachteiligten sozialen Lagen ist es also von besonderer Bedeutung, schon im jungen Alter in der Kita entsprechende Erfahrungen machen zu können. Durch frühe Mitbestimmung können die Kinder die Folgen von sozialer Benachteiligung kompensieren.

Im Kinderreport 2012 des Deutschen Kinderhilfswerkes wird auch deutlich, dass Kinder desto stärker und somit resilienter werden, je mehr sie an Entscheidungen, Planungen und Abläufen in Kindertageseinrichtungen beteiligt werden. In zahlreichen Interviews berichteten Eltern und Erzieherinnen immer wieder, dass gute Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kita für diese förderliche Wirkungen haben. Die Kinder erkennen und strukturieren Problemsituationen realitätsgerechter, sie lösen Konflikte eigenständiger und nachhaltiger, sie reagieren in belastenden Situationen gelassener und sie können ihre Meinung nachhaltiger und klarer vertreten. Gleichzeitig stellt der Kinderreport 2012 fest, dass Kinderrechte und insbesondere das Mitbestimmungsrecht im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention in vielen Kindertageseinrichtungen nur eine marginale Rolle spielen. Kinderrechte werden stärker als ein Thema der Bildung von Kindern gesehen und weniger als ein Aspekt der tatsächlichen Alltagsabläufe. Dabei gibt es vielfältige Möglichkeiten, Kinderrechte in Kindertageseinrichtungen strukturell zu verankern. Das können Formen wie Kinderkonferenzen, Kinderräte oder Kinderparlamente sein. Am nachhaltigsten geschieht dies aber in der Erarbeitung einer Kita-Verfassung, in der Kinderrechte, Entscheidungswege und Entscheidungsgremien verbindlich festgeschrieben und umgesetzt werden.

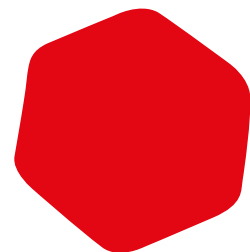
Wie schon oben festgestellt: Kindertageseinrichtungen haben mittlerweile einen Bildungsauftrag, dessen Kern auch die Demokratieförderung sein muss. Mitbestimmung muss ein Grundsatz der Pädagogik in Kindergärten sein. Dies ist als Anforderung sowohl auf die Förderung von Demokratiekompetenzen der Kinder sinnvoll. Es ist aber mittlerweile auch anerkanntes Qualitätskriterium für die Kitapraxis, Kinder zu beteiligen – nicht zuletzt auch gesetzlich verpflichtend durch Paragraph 45 Absatz 2 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Dieser legt die Beteiligung von Kindern im Sinne eines funktionierenden Beschwerdemanagements in Kindertageseinrichtungen als Voraussetzung für eine Betriebserlaubnis der Einrichtung fest.



Wir brauchen in Fachkreisen deshalb eine flächendeckende Diskussion über die Erfordernisse von Beteiligung in Kindertageseinrichtungen auf der Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention. Kinder, auch die Kleinsten, sind schon Expertinnen und Experten für die eigenen Angelegenheiten. Bisher liegen diese Möglichkeiten weitestgehend brach, da die Kompetenzen der Kinder nicht genutzt werden. In diesem Wissen müssen wir die verpflichtende Beteiligung von Kindern in Kindertageseinrichtungen flächendeckend in den Kindertagesstättengesetzen der Bundesländer festschreiben und die Mitbestimmung in Kitas in den Bildungsplänen ins Zentrum rücken. Zudem muss eine Qualifizierung der Fachkräfte gewährleistet werden, die gelingende Beteiligung in Kindertageseinrichtungen fachlich fundiert.

Demokratieförderung und Sport

Neben Familie und Bildungseinrichtungen nimmt der Kinderreport 2017 auch zivilgesellschaftliche Akteure und Einrichtungen in den Blick, die eine Verantwortung zur Förderung demokratischer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen übernehmen könnten. Wie oben festgestellt gehört die Vorstellung von der Gleichwertigkeit und Gleichheit aller Menschen zu den zentralen Werten einer demokratischen Gesellschaft. Gleichzeitig beobachten wir in den letzten Jahren eine Erstarbung des Rechtsextremismus in Deutschland, verbunden mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Vor diesem Hintergrund lohnt im Bereich des Sports und der Sportvereine ein genauer Blick auf die Bedrohungen, die der Demokratie aus diesem Segment des Extremismus drohen. Wir finden Rechtsextremismus und Rassismus auf den Rängen und in den Kurven der Fußballstadien und auf den Sportplätzen. Dass gegnerische Mannschaften mit gewalttätigen Beschimpfungen empfangen werden, dass Spielerinnen und Spieler mit migrantischem Aussehen rassistischen Parolen ausgesetzt werden und dass sich Mannschaften mit fremdenfeindlichen Parolen „aufheizen“ – das ist zwar nicht die Regel, aber es kommt zu häufig vor, als dass man es ignorieren könnte. Die Probleme gehen durch alle Altersschichten, sozialen Milieus und sie treten in allen Ligen der großen Massensportarten auf. Die Wurzeln für solche Verhaltensweisen liegen tief und können frühzeitig von den Vereinen angegangen werden – im Training, auf den Sportplätzen, in den Stadien.





Sportlerinnen und Sportler, die in den Vereinen üben, sind ein Abbild unserer Gesellschaft, und selbstverständlich tragen sie ihre Ideen und Meinungen auch in den Trainingsbetrieb und in das gesellige Zusammensein, das normalerweise mit dem Sport verbunden ist. Ich fürchte, da bleibt vieles unwidersprochen, was zurückgewiesen werden müsste. Da braucht man Zivilcourage, „nein“ zu sagen und Aussagen rechtsextrem zu nennen, die rechtsextrem sind. Das ist, wie wir alle wissen, nicht einfach, gerade auch für Kinder und Jugendliche. Wer will schon seine Freundschaften und Bindungen riskieren wegen eines fremdenfeindlichen Spruchs. Und meist fühlt man sich mit seinen Einwänden allein. Da würde es helfen, wenn in den Vereinen konsequent deutlich gemacht würde, dass Rassismus und Fremdenhass im Sport nichts zu suchen haben. „Politik hat im Sport nichts zu suchen“, meinen aber viele in den Vorständen der Vereine und Verbände und scheuen sich, klar für Demokratie und Menschenrechte Position zu beziehen. Aber sie täuschen sich. Zum einen ist ein Verein in seiner Pluralität und in seiner Verfasstheit immer auch ein politischer Raum. Wo Rechtsextremismus unter den Mitgliedern oder in den Vereinsstrukturen präsent ist, da ist das Politische als Herausforderung schon lange angekommen. Da nützt keine falsch verstandene „Neutralität“, kein Verschweigen oder Beschönigen.

Und natürlich haben wir dann auch Handlungsbedarf bei den Trainerinnen und Trainern, bei den Fachwarten oder Abteilungsleitenden, bei den Verantwortlichen für den Sportbetrieb. Konkret geht es darum, dass im Umgang mit den Übenden – besonders mit Kindern und Jugendlichen – fatale Wirkungen entstehen können, wenn rassistische oder fremdenfeindliche Grundhaltungen auftreten beziehungsweise toleriert und kultiviert werden. Ein Szenario, das selten ist, aber vorkommt, wie wir wissen. Mehr noch aber geht es darum, dass sich die Trainerinnen und Trainer, die Übungsleiterinnen und Übungsleiter und das ganze Vereinsmanagement mit der Aufgabe, dem Rechtsextremismus wirkungsvoll entgegen zu treten und für die Demokratie zu streiten, überfordert fühlt. Auch wenn es schwerfällt: Trainerinnen und Trainer, Übungsleitende und Vereinsvorstände müssen dafür sensibilisiert und dabei unterstützt werden, dass sie nicht nur körperliche Fähigkeiten trainieren, sondern auch soziale Tugenden zu fördern in der Lage sind. Sport kann nur der Gleichheit und dem Respekt vor dem Anderen verpflichtet sein. Wir finden das noch auf den Vereinsfahnen sehr alter Vereine: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ – die alten Leitomotive der Aufklärung. Die Übungsleiterinnen und -leiter sollten sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein – und das nicht nur, aber insbesondere auch in der Kinder- und Jugendarbeit. Sie legen mit ihrem Verhalten und ihren Fähigkeiten fest, was in der Sportgruppe, in der Mannschaft, in der Abteilung erlaubt ist und was nicht. Dabei brauchen sie die Unterstützung von Staat und Zivilgesellschaft.

Demokratieförderung durch Jugendarbeit und Kinder- und Jugendverbände

Wenn wir über den Fortbestand unserer Demokratie und die Frage diskutieren, wie wir die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen fördern, müssen wir trotz oder vielleicht gerade wegen der eher niedrigen Verantwortungszuschreibung an die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie Kinder- und Jugendverbände auch ihre Rolle genauer unter die Lupe nehmen: Zahlreiche Studien der letzten Jahre zeigen auf, dass soziales und ökologisches Engagement in jeder Form Kindern und Jugendlichen insgesamt deutlich näher liegt als politisches Engagement. Als engagiert sind hier auch diejenigen Kinder und Jugendlichen zu verstehen, die sich in ihre Szenen einbringen, indem sie unentgeltlich zum Beispiel Konzerte in Jugendzentren organisieren oder einen Skate-Park bauen. Die klassische Jugendverbandsarbeit, mit Kindern und Jugendlichen in festen Verbandsstrukturen und regelmäßigen, über viele Jahre hinweg gefestigten Zusammenhängen, gehört vielerorts der Vergangenheit an. Das soll dieser Form der Kinder- und Jugendarbeit keinesfalls ihre Legitimation absprechen, nur müssen sich diese Verbände mehr als bisher auf neue Gegebenheiten einstellen: mehr Ganztagschulen, die zunehmende Unlust von Kindern und Jugendlichen, sich langfristig in festgefügt Gruppen zu binden, die neue Vielfalt von Angeboten und Verlockungen zur Freizeitgestaltung.

Um Kinder und Jugendliche für unsere Demokratie „zu begeistern“, müssen wir ihnen politisches Wissen und das Wissen um die Alternativlosigkeit unseres demokratischen Systems anders vermitteln, als das bislang vielfach der Fall ist. Leider sind viele politische Lernangebote falsch konzipiert und folgen einer Didaktik, die keinerlei Anschluss an die Alltagswirklichkeit und Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen erlaubt. Hinzu kommt, dass in unserer Wissensgesellschaft Bildung eine maßgebliche Voraussetzung für die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ist. Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten drohen deshalb von gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen zu werden, weil sie oft nicht die Chance haben, sich dieses notwendige Wissen – auch politisches Wissen – anzueignen. Deshalb brauchen wir verschiedenste Methoden in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, um Kinder und Jugendliche zur weiteren aktiven politischen Teilhabe zu motivieren und ihr Interesse an unserer Demokratie zu wecken, weiter zu fördern und zu stärken.



Hier sollte verstärkt auf den Peer-to-Peer-Ansatz gesetzt werden – also darauf, dass Kinder und Jugendliche von ihren Altersgenossinnen und Altersgenossen zur politischen Teilhabe motiviert werden. Sie lernen dadurch voneinander auf Augenhöhe. Auch Projekte zur Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund können so erfolgreicher werden. Zudem muss zur Demokratieförderung auf die Erreichbarkeit von Menschen aus eher niedrigen Bildungsmilieus geachtet werden: Hier schaffen sogenannte „Influencer“ wie beispielsweise YouTube-Stars oder Formate des Privatfernsehens ernstzunehmende Zugänge mit alltagsweltlichem Bezug. Bei Bildungsbenachteiligten ist häufig festzustellen, dass diese sich gegenüber klassischen Formaten wie Publikationen, Zeitungen, öffentlich-rechtlichen Nachrichten oder Online-Angeboten sperren, und stattdessen eher Entertainment-Formate präferieren. Diese sind als komplementäre Angebote zu etablieren, um in Sachen Demokratieförderung möglichst Zugang zu allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen zu bekommen.

Kindern und Jugendlichen kann so geholfen werden, Visionen zu entwickeln – gerade weil das in der Erwachsenenwelt nicht mehr unbedingt angesagt ist. So bieten wir ihnen einen Handlungsspielraum, in dem sie sich dann frei bewegen können. In einer solch lebendigen Demokratie bleiben Kinder und Jugendliche das, was sie sind: nämlich junge Leute. Sie können sich mit dem eigenen Engagement identifizieren und sollen sich herausgefordert fühlen. Dieses Gefühl müssen wir in den Kindern und Jugendlichen wecken: Das Gefühl, in der Demokratie etwas für das eigene Leben zu gewinnen.

Wichtiges unterstützendes Kommunikationsmittel sind dabei auch die Sozialen Medien. Sie sind integraler Bestandteil des Alltagslebens von Kindern und Jugendlichen – und somit auch ein Ort möglicher politischer Partizipation und Demokratieförderung. Die jungen Menschen wollen aktiver in politische Prozesse und Entscheidungen eingebunden werden, als das bisher der Fall war. Mit seinen Partizipationsmöglichkeiten kann das Netz heute die Brücke von direkter zu repräsentativer Demokratie schlagen. Das Internet bietet uns die Möglichkeiten neuer demokratischer Beteiligungsformen, es erleichtert die direkte Teilhabe enorm. Es mindert vor allem für Kinder und Jugendliche die Hemmschwelle zur gesellschaftlichen Partizipation – zur Teilhabe am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben und zu dessen demokratischer Mitgestaltung.

Gleichzeitig birgt das Internet aber auch Gefahren: Es kann auch eine Plattform für Mobbing und Diskriminierung, für Machtpositionen ohne Legitimation, für antidemokratische Ideologien links- und rechtsextremer Akteurinnen und Akteure, für „postfaktische“ Auseinandersetzungen sein. Der virtuelle Raum ist vielfältig und lebendig – und er ist hochpolitisch. Hier brauchen Kinder und Jugendliche Wegweiser, da der Nährboden für antidemokratische Strömungen zunehmend in den Sozialen Medien bereitet wird. Deshalb sind Strafverfolgung und das Löschen von entsprechenden Inhalten durch Anbieter unerlässlich. Gerade deshalb brauchen wir hier aber auch gute Medien für Kinder und Jugendliche und einen zeitgemäßen Jugendmedienschutz. Das aktuelle deutsche Jugendschutzsystem gewährleistet zwar ein hohes Schutzniveau – angesichts der zunehmenden Verschmelzung verschiedener Medienformate, der grenzüberschreitenden Verbreitung digitaler Medien und der hohen Dynamik der Medienmärkte aber zunehmend nur noch in der Theorie.

Da antidemokratische Bestrebungen im Netz auch von einem Mangel an Medienkompetenz leben, fordert das Deutsche Kinderhilfswerk ein verstärktes schulisches Engagement im Bereich der Medienkompetenzförderung. Dazu sollten Bund und Länder eine bundesweit flächendeckende Förderstruktur von Medienkompetenzprogrammen aufbauen. Das könnte durch eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene „Stiftung Medienkompetenz“ erreicht werden. Die Schule ist neben den Familien und dem sozialen Umfeld einer der wichtigsten Orte der Mediensozialisation. Schule kann Kindern Wissen über die Funktionen und über verantwortliches Verhalten im Internet vermitteln.

Zudem ist die Bewertung von Informationsquellen auf Glaubwürdigkeit und gesellschaftliche Relevanz ein wichtiger Aspekt von Medienkompetenz. Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes leben antidemokratische Strömungen im Netz auch von einem Mangel an kritischer Distanz zu den Informationen, die man dort findet – oftmals ungeprüft über Soziale Medien weiterverbreitet, oftmals die Würde von einzelnen gesellschaftlichen Gruppen verletzend. Darüber hinaus ist es auch wichtig, ein

umfangreiches Verständnis von Struktur und Funktionsformen des Internets zu vermitteln. Es muss darum gehen, Kinder und Jugendliche zu befähigen, sich im Internet eine eigene Meinung zu bilden und unter der unglaublichen Masse an angeblichen Fakten und wahren Geschichten ihre eigene Wahrheit zu finden. Denn nur so können Kinder ihr Recht auf demokratische Teilhabe an der Informationsgesellschaft wirklich in die Tat umsetzen. Medienkompetenzförderung in diesem Sinne braucht aber auch ausreichende Finanzierung. Die föderale Struktur der Bundesrepublik sorgt hier für einen Flickenteppich. Zu oft hängt die Umsetzbarkeit von qualitativ hochwertiger medienpädagogischer Arbeit von den regionalen Förderbedingungen ab. An dieser Stelle könnte eine von Bund und Ländern getragene Stiftung Medienkompetenz Abhilfe schaffen. Aber es braucht nicht nur eine Stärkung der Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen, sondern auch im Bereich der Fachkräfte- und Elternbildungsarbeit. Hierfür ist vor allem die verbindliche Verankerung von Medienbildung in den Ausbildungscurricula von Fachkräften nötig.

Von besonderer Relevanz ist es zudem, durch die nachhaltige Förderung von guten Kinder-Internetseiten einen aktiven Beitrag zur Demokratieförderung zu leisten. Hier steht die Bundesregierung in der Verantwortung, die Existenz guter Kinder-Internetseiten dauerhaft sicherzustellen. Diese sind, sofern sie als nichtkommerzielle Angebote den Ansprüchen von Werbefreiheit und ausreichendem Kinderschutz genügen sollen, wirtschaftlich kaum tragfähig. Wichtig ist auch, dass die Kinder-Internetseiten mobil nutzbar sind. Eigene mobile Kinderwebseiten sind aber noch die Ausnahme, und viele der Seiten verfügen noch nicht über ein responsives Design. Sollte die nachhaltige Finanzierung von Kinder-Internetseiten dauerhaft ausbleiben und das Qualitätsniveau dieser Seiten nicht abgesichert werden, bricht hier eine über viele Jahre gewachsene Struktur nicht-kommerzieller Internetseiten weg und damit eines der wichtigsten Instrumente zur Medienkompetenz- und Demokratieförderung von Kindern. Perspektivisch werden sich Kinder in der Folge Angeboten im Internet zuwenden, die zwar auf ihre Nutzungsbedürfnisse eingehen, deren Inhalte jedoch nicht geeignet, wenn nicht gar kinder-, jugend- und demokratiegefährdend sind.

Das Interesse an politischer Partizipation

Wenn wir den Blick auf die Zukunft der Demokratie in Deutschland noch einmal etwas weiten, so sticht aus den zahlreichen Studien, Befragungen und Panels die Shell Jugendstudie hervor, die als Langzeitberichterstattung nachzeichnet, auf welche Weise junge Menschen in Deutschland mit Herausforderungen umgehen und welche Verhaltensweisen, Einstellungen und Mentalitäten sie dabei herausbilden. Die neueste Shell Jugendstudie aus dem Jahr 2015 zeigt dabei auf, dass das politische Interesse der Jugendlichen im Vergleich zu seinem Tiefstand im Jahr 2002 wieder angestiegen ist, auch wenn es bis zu den Höchstständen der 1980er- und zu Beginn der 1990er-Jahre noch ein weiter Weg ist.

In der Zusammenfassung der Shell Jugendstudie 2015 (<http://bit.ly/2bYo2uP> AD 05.01.2017) wird festgestellt: „Mit dem politischen Interesse ist auch die Bereitschaft zur eigenen Beteiligung an politischen Aktivitäten verbunden. Die etablierten Parteien profitieren davon jedoch nicht, die Politikverdrossenheit bleibt hoch. Jugendliche bringen den Parteien wenig Vertrauen entgegen, genauso wie großen Unternehmen, Kirchen und Banken. Das größte Vertrauen genießen Polizei, Gerichte sowie Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen. Männliche Jugendliche sind häufiger an Politik interessiert als weibliche. Fast sechs von zehn Jugendlichen haben sich schon einmal an einer oder mehreren politischen Aktivitäten beteiligt. An der Spitze stehen dabei der Boykott von Waren aus politischen Gründen und das Unterzeichnen von Petitionen. Online-Petitionen sind beliebter als Unterschriftenlisten. Jeder Vierte hat bereits an einer Demonstration teilgenommen und 10 Prozent engagieren sich in einer Bürgerinitiative.“ Diese Befunde der Shell Jugendstudie bei gleichzeitiger hoher Zufriedenheit der Jugendlichen mit der Demokratie in Deutschland (insgesamt 73 Prozent, dabei West 77 Prozent und Ost 54 Prozent) zeigen die Herausforderungen und Aufgaben insbesondere der politischen Institutionen und hier besonders der politischen Parteien und ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten. Dabei ist auch die auffallende Differenz bei der Zufriedenheit im Westen und im Osten (obwohl diese geringer geworden ist und sich auch Jugendliche im Osten inzwischen



mehrheitlich zufrieden mit der Demokratie äußern) ins Auge zu fassen. Diese Differenz zeigt sich nämlich auch bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie als grundsätzliche Staatsform (insgesamt 85 Prozent, dabei West 87 Prozent und Ost 74 Prozent). Zudem zeigen sich nach wie vor soziale Differenzierungen: Jugendliche aus den unteren sozialen Schichten artikulieren eine höhere Unzufriedenheit mit der Demokratie.

Dabei decken sich die Ergebnisse der Shell Jugendstudie mit einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes aus dem Jahr 2013. Demnach hatten zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland den Eindruck, dass es die Bundesregierung zu wenig interessiert, was junge Menschen denken. Noch schlechter war es um das Ansehen der Kommunalpolitik bestellt. Hier hatte nur jeder Siebte den Eindruck, dass sich die Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker für junge Menschen und deren Anliegen interessieren. Gleichzeitig gab lediglich jeder Neunte an, dass es ausreichend Möglichkeiten gibt, am Wohnort oder im Stadtteil Einfluss zu nehmen oder sich politisch zu engagieren. Das Interesse an einer Mitarbeit in Parteien war ebenfalls nur sehr schwach ausgeprägt, nur jeder Elfte konnte sich das vorstellen. Auch diese Ergebnisse zeigen, dass die Politik auf allen Ebenen alles daran setzen muss, das fehlende Vertrauen der Kinder und Jugendlichen herzustellen. Für die Zukunft unserer Demokratie müssen sich Parteien, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen dieser Aufgabe gleichermaßen stellen. Dabei würde es schon helfen, wenn sich die Parteien in Deutschland bei ihrer Verantwortung in dieser Hinsicht auf den Wortlaut des Grundgesetzes besinnen würden: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Damit sind alle Menschen gemeint, nicht nur die Erwachsenen.

Der Wunsch der allermeisten Kinder und Jugendlichen in Deutschland nach mehr Mitbestimmungsrechten und die grundsätzliche Übereinstimmung in dieser Frage mit den Erwachsenen wurde im Rahmen des diesjährigen Kinderreports und auch der vorherigen Befragungen mehr als deutlich. Die Wichtigkeit von Beteiligung und gesellschaftlichem Engagement kann dabei für die Zukunft unserer Demokratie gar nicht hoch genug angesehen werden. Das hat bereits die Studie „Vita gesellschaftlichen Engagements“ des Deutschen Kinderhilfswerkes vor zehn Jahren empirisch nachgewiesen: Kinder und Jugendliche, die sich selbst als aktiv gestaltend erfahren, werden sich auch als Erwachsene eher an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Denn fast 83 Prozent derjenigen, die sich heute gesellschaftlich stark engagieren, haben dies bereits in der Kindheit und Jugend getan.

Schlussbetrachtung

Die Vermittlung von Demokratiefähigkeit ist zusammenfassend gesehen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit Blick auf die Ergebnisse des diesjährigen Kinderreports gibt es dabei sowohl besorgniserregende Befunde wie beispielsweise das geringe Vertrauen Erwachsener in die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, die Demokratie in Deutschland auch zukünftig zu bewahren. Gleichzeitig bietet der Kinderreport 2017 aber auch Hinweise auf Strategien zur Stärkung unserer Demokratie durch eine Förderung demokratischer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen. Wenn sie von nachhaltiger Wirkung sein soll, muss diese Förderung frühzeitig ansetzen und vor allem milieuübergreifend erfolgen. Demokratie ist ein gelebter Wert unserer Gesellschaft. Als Wert normiert sie unser Zusammenleben und gibt den geregelten Rahmen für politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse vor. Demokratie ist aber nur dann verwirklicht, wenn jeder einzelne Bürger, jede Bürgerin sie unabhängig vom Alter als Möglichkeit zur Selbstentfaltung begreift und im realen Leben verwirklicht – eine Selbstentfaltung, die dem Individuum Ausdruck und Mitbestimmung ermöglicht und gleichzeitig die vielfältigen Meinungen und Bedürfnisse anderer nicht aus dem Blick verliert. Diese Verbindung aus Selbstverwirklichung und Gemeinwohlinteresse ist unsere Herausforderung und unsere Freiheit. Wir müssen sie mit Leben füllen, ihre Voraussetzungen bewahren und sie offensiv gegen Bedrohungen verteidigen – und zwar jeden Tag aufs Neue.



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

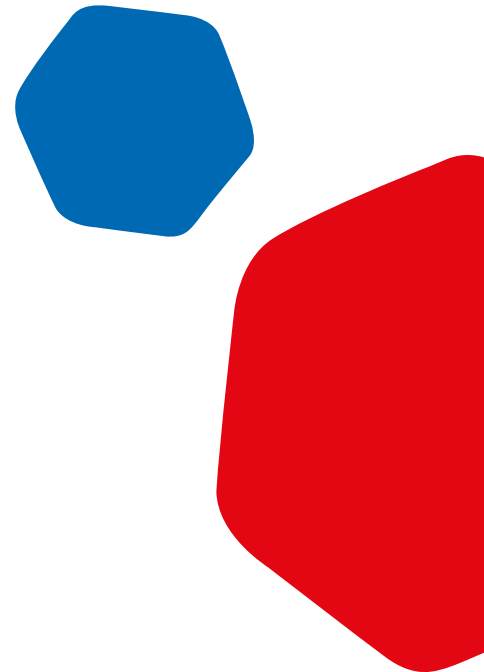
Für Kinderrechte, Beteiligung und die Überwindung von Kinderarmut in Deutschland

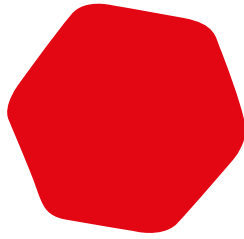
Seit über 40 Jahren schafft das Deutsche Kinderhilfswerk bessere Lebensbedingungen für Kinder in Deutschland. Wir helfen Kindern und ihren Familien, die in Armut leben. Und wir setzen uns deutschlandweit dafür ein, dass die Kinderrechte beachtet und aktiv gelebt werden – in der Gesellschaft genauso wie in der Politik.

Dabei arbeiten wir nachhaltig. Überall dort, wo wir uns für Kinder einsetzen, steht an oberster Stelle ihre Beteiligung. Denn Beteiligung von Kindern ist eine Versicherung für die Zukunft. Wer als Kind mitgestaltet und mitentscheidet, erfährt Stärke, Selbstbewusstsein und lernt demokratische Prozesse kennen. Kinder, die sich früh beteiligen, werden sich auch als erwachsener Mensch engagieren. Ein wertvoller Grundstein für eine gerechte Zukunft.

Um dies zu erreichen, fördern wir bundesweit Projekte, Initiativen und Maßnahmen so wie wir gleichermaßen eigene Aktionen umsetzen. Auch eine politische Lobby- und Netzwerkarbeit gehört dazu, um immer wieder auf die Kinderrechte aufmerksam zu machen und bei ihrer Umsetzung beratend zur Seite zu stehen.

Das Deutsche Kinderhilfswerk ist ein gemeinnütziger Spendenverein. Unsere Spendendose steht rund 40.000 mal in Deutschland.





Spendenkonto:

IBAN:
DE23 1002 0500 0003 3311 11
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft



Deutsches Kinderhilfswerk e. V.

Leipziger Straße 116-118
10117 Berlin
Fon: +49 30 308693-0
Fax: +49 30 2795634
E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de

Mitglied im



Deutscher
Spendenrat e.V.

ISBN 978-3-922427-10-0